



Kirche

Was will ein Konzil? Eine «spontane Inspiration» – Die Reaktion in aller Welt – Der Stand der Vorbereitung – 1. Was ist überhaupt ein Konzil? – Geschichtlicher Rückblick – Begriffsbestimmung – Mitglieder – der Papst – 2. Was will ein Konzil? – Fragen des Glaubens und Lebens der Gesamtkirche lösen – durch Zusammenarbeit aller – um die Einheit der Kirche darzustellen – 3. Das Hauptziel des kommenden Konzils: Dreifache Aufgabe nach Papst Johannes XXIII. – Wünsche im einzelnen: Stärkung der bischöflichen Gewalt – Dezentralisierung und Stärkung der Zwischenstufen – Neue Wege der Seelsorge: Formen des Apostolates – missionarische Kernpfarrei – Muttersprache im Lehrgottesdienst – Riten bei Taufe und Ehe – Diakonat – Revision des Kirchenrechts: ein Rahmengesetz? – vereinfachtes Eherecht – reduzierte Kirchenstrafen – Beamtenrecht – Sachgerechtere Verteilung des Klerus.

Politik

Zum Godesberger Programm der SPD: Die Lage der deutschen Sozialdemokratie seit zehn Jahren – Das neue Programm ein Zeichen von tapferer Einsicht – Es ist als Wahlmanifest zu beurteilen – daher lückenhaft und kein Vertragstext – zeigt aber den Stand der Diskussion –

Der Inhalt: hymnischer Prolog mit Umkehr von Ursache und Wirkung – Grundwerte: Gerechtigkeit und Solidarität statt Gleichheit und Brüderlichkeit – Freiheit wozu? – Weltanschauliche Grundhaltung: Fortschritt gegen frühere Programme – Was aber heißt «christliche Ethik» ohne Bekenntnis zu Gott? – Achtung vor echter Glaubensüberzeugung – bei Kultur und Schule nicht durchgehalten – Grundforderungen: Demokratie positiv gewertet – Das Problem der Macht – «Öffentliche Kontrolle» statt Autorität? – Die Familie findet einen Platz – Stellung zu Religion und Kirche: Sozialismus tolerant – kein Religionsersatz – inkonsequente Haltung in der Schulfrage.

Presse

Zum Problem der katholischen Presse in der Schweiz: Ein Antwort-Brief an Dr. Wili von Dr. C. Doka (vgl. Orientierung 1960, Nr. 6 und 8) – Ist die katholische, parteigebundene Meinungspressen zeitgemäß oder zeitnotwendig? Besondere Voraussetzungen in der Schweiz: Charakter der schweiz. Demokratie – Die Bestimmung des Maßes der Parteipolitik in der kath. Presse nach Stadt- und Landverhältnissen – Der Journalist als der «Schuldige»? – Regionalblatt oder katholisches Blatt von gesamtschweizerischem und internationalem Ge-

wicht? – Die aufschlußreiche Entwicklung auf dem Gebiet des Schulwesens und der kulturellen Institutionen.

Kommunismus in der Schweiz

Die Partei der Arbeit der Schweiz: Erhoffen baldiger neuer Chancen infolge «internationaler Ereignisse» – Rege Kontakte mit andern kommunistischen Parteien und kommunistischen Staaten – Ihre Bedeutung für die Beurteilung der PdA – Die PdA als Kaderpartei – Einbußen durch die ungarischen Ereignisse 1956 – Abspaltungen in Neuenburg und Basel-Stadt – Sozialdemokratisch-kommunistische Einheitsfront im Tessin – «Freie Jugend» – Kommunistische Frauengruppe – Der starke «Apparat» der Partei.

Ex urbe et orbe

Der Katholik Kennedy: Wird Senator Kennedy sein Glaube ein Hindernis sein? – 1. Seine persönliche Haltung – Seine Reserven gegenüber der Kirche: zur Erklärung des «Osservatore Romano» vom 17. Mai 1960 – Kennedy gegen einen USA-Gesandten beim Vatikan – Kennedy und die Schulfrage in USA – 2. Was die «andern» sagen: George Washington – der Präsident des Nationalrates der Kirchen Christi in USA – Rabbi Max Davidson – Katholiken befürchten ... – Wählerstimmen für und gegen.

WAS WIR VOM KONZIL WISSEN MÜSSEN

Einleitende Bemerkungen

Kaum jemand wird leugnen, daß das Pontifikat Pius XII. von imponierender Größe war, ja Glanzseiten aufzuweisen hat. Dennoch konnte man schon von verschiedener Seite die Bemerkung hören: Johannes XXIII. hat in wenigen Tagen Pius XII. vergessen lassen. Besonders als der neue Papst am 25. Januar 1959 seinen Entschluß bekanntgab, ein «Ökumenisches Konzil» einzuberufen, überraschte er die ganze Christenheit nicht nur mit einer Sensation, sondern weckte auch tatsächlich ungeahnte Hoffnungen. Dr. Charles Malik, ein Griechisch-Orthodoxer vom Libanon, Präsident der Generalversammlung der Vereinten Nationen, erklärte zum Beispiel: Das Konzil mit seinen «unbegrenzten Möglichkeiten» könnte das wichtigste Ereignis des 20. Jahrhunderts, ja selbst von mehreren Jahrhunderten sein.¹

Zunächst war die Einberufung eines Konzils deswegen eine große Überraschung, weil man ein so gewaltiges Unternehmen von dem betagten Papst Johannes XXIII. (78 Jahre) am wenigsten erwartet hatte, sprach man doch schon bei seiner Wahl – halb entschuldigend – von einem Übergangspapst, das heißt

von einem Papst, der nur überleiten sollte zum Pontifikat eines bedeutenderen Mannes. Die vatikanischen Kreise selber waren höchst erstaunt über die Ankündigung. Der Papst gestand inzwischen selber: «Die Idee des Konzils war nicht die reife Frucht langer Überlegungen, sondern kam wie die plötzliche Blüte eines unerwarteten Frühlings.»² Es sei gleichsam eine «Inspiration» gewesen, deren «Spontaneität er wie ein unvorhergesehenes und unerwartetes Berührtwerden empfunden» habe.³

Eine weitere Grundwelle des Erstaunens und zugleich der Erwartung kam daher, daß man dem Zusammentreten eines Ökumenischen Konzils in sich schon epochale Bedeutung zumißt. Jedes der 20 Ökumenischen Konzilien war ein Meilenstein in der Geschichte der Kirche. Eine geradezu sensationelle Hoffnung entzündete sich endlich an der Tatsache, daß der Papst bei seiner Konzilsankündigung – es war der Schlußtag der Weltgebetsoktav für die Wiedervereinigung der Christen – die beiden Größen «Konzil» und «Einheit der Christen» ausdrücklich miteinander verbunden hatte. Kaum war der Plan «lanciert», wurde er von der mächtigen Strömung der Sehnsucht nach Einheit erfaßt und in alle Welt hinausgetragen.

Inzwischen sind die Vorbereitungsarbeiten in vollem Gang. Pfingsten 1960 wurden durch das Motu proprio «Superno Dei nutu» die wichtigsten Vorbereitungsgremien bestellt:

► Eine Zentralkommission, mit dem Papst an der Spitze, die die Arbeiten der Einzelkommissionen koordinieren und die Normen für das Konzil aufstellen wird.

► Zehn Vorbereitungskommissionen, welche die über 2000 Gutachten des Weltepiskopats und der theologischen und kanonistischen Fakultäten auszuwerten haben.

► Zwei Sekretariate: das eine für Presse, Radio, Film und Fernsehen, das andere für Kontakte mit den getrennten Christen. Zum Leiter des letzteren ist Kardinal Bea SJ, zum Sekretär Prof. J. Willebrands, der Begründer der «Katholischen Konferenz für ökumenische Fragen», ernannt worden.

Das Konzil wird in Rom, in St. Peter, tagen. Es wird als 2. Vatikanisches und 21. Allgemeines Konzil in die Geschichte eingehen. Es wird das größte und internationalste Ökumenische Konzil sein, das die Kirche je gesehen hat, ökumenisch nicht nur im theologischen, sondern auch im geographischen Sinn.

Unserer Hauptfrage: Was will das kommende Konzil? wollen wir zur kurzen Orientierung zwei Nebenfragen vorausschicken: Was ist ein Konzil? und: Was will ein Konzil?

Was ist ein Konzil?

Urtypus jedes Ökumenischen Konzils ist das Apostelkonzil von Jerusalem um das Jahr 50 n. Chr. Eine erregende Streitfrage, die für die ganze Zukunft der Kirche entscheidend war, hatte die jungen Missionsgemeinden aufgewühlt, nämlich die Frage: Bleibt die alttestamentliche Beschneidung und das ganze mosaische Gesetz auch in der christlichen Ära heilsnotwendig? Die Apostelgeschichte berichtet nun: «Die Apostel und die Ältesten kamen zusammen, um über diese Sache zu beraten ...» (15,6 ff.). Das Ergebnis der stürmischen Beratung war das Aposteldekret, in dem wie gemeißelt die Worte stehen: «Der Hl. Geist und wir haben entschieden», und dann folgen die Beschlüsse. Es muß auf dem Apostelkonzil auffallen, wie sich mit der ausgesprochen hierarchischen Gliederung der Kirche eine kollegiale Regierungsform verbindet. Die Unfehlbarkeit des apostolischen Urzeugnisses hindert offenbar die Apostel nicht, eine entscheidende Frage der Gesamtkirche vor das Plenum der Amtsträger zu bringen.

In der Folgezeit kam es in Nachahmung des Apostelkonzils um die Jahre 160–175 zu Lokal- oder Provinzkonzilien in Kleinasien, um gegen häretische Bewegungen Stellung zu nehmen. Im Streit um den Termin des Osterfestes fanden gegen Ende des 2. Jahrhunderts in Ost und West – offenbar zentral gesteuerte – Kirchensynoden statt, um die kultisch-liturgische Einheit für die Kirche zu retten. Im 3. Jahrhundert erscheinen solche Synoden oder Konzilien als feste Einrichtung. Im Jahre 256 zum Beispiel versammelt Bischof Cyprian von Karthago 87 afrikanische Bischöfe, um seine Auffassung von der Ungültigkeit der Ketzertaufe zu bekräftigen. Es sind dies ausgesprochene Bischofskonzilien. Die Bischöfe allein haben Sitz und Stimme. Als mit dem konstantinischen Frieden die Kirche ihren halb geheimen Charakter verlor, konnte sie aus ihrem Provinzleben heraussteigen und sich auch gesamtkirchlich äußern. Es kam 325 in Nizäa zum ersten Allgemeinen oder Ökumenischen Konzil.⁴ Die ersten acht Ökumenischen Konzilien wurden im griechischen Osten gefeiert, bei dem im christlichen Altertum die spekulativ-theologische und bald auch die politische Führung lag. Sieben dieser Konzilien hat die katholische Kirche heute noch mit den orthodoxen Christen gemeinsam. Die orthodoxe Kirche nennt sich selber die «Kirche der sieben Ökumenischen Konzilien». Mit dem 1. Konzil im Lateran 1123 beginnen die Ökumenischen Konzilien im Westen (insgesamt zwölf).

Eine allgemeine Begriffsbestimmung kann das Ökumenische Konzil folgendermaßen umschreiben: Das Ökumenische Konzil ist die Versammlung der Bischöfe des gesamten katholischen Erdkreises unter der Autorität und Leitung des Papstes zur gemeinsamen Beratung und verbindlichen Beschlußfassung über Lehre und Disziplin der Gesamtkirche (vgl. Denz 1781). Das heutige Kirchenrecht hat in 8 Kanones (222–229) die Sache eines Ökumenischen Konzils geregelt. Darnach steht es allein dem Papste zu, ein Konzil einzuberufen,⁵ es gegebenenfalls zu verlegen, zu vertagen oder aufzuheben. Das Konzil wird von selbst unterbrochen, wenn der Papst während des Konzils stirbt.

Zu den ordentlichen Mitgliedern des Konzils gehören:

► Kraft göttlichen Rechtes die residierenden Bischöfe, die nach Apg 20, 28 vom Hl. Geist gesetzt sind, die Gemeinde Gottes zu regieren. Die Bischöfe sind autoritative Zeugen des apostolischen Glaubensgutes und Richter über Wahr und Falsch. Zusammen mit dem Bischof von Rom bilden sie die lehrende Kirche. Seit Ephesus 431 wurde immer wieder der Satz zitiert: Concilia esse episcoporum, das heißt die Konzilien sind Sache der Bischöfe.⁶ (Heute gibt es etwa 1700 residierende Bischöfe und Erzbischöfe.)

► Auf Grund besonderer Privilegien oder althergebrachter Rechte:

die Kardinäle (85);

die Äbte und andere Würdenträger, die einem Kirchengebiet vorstehen (ca. 80);

der Abtprimas und die Vorsteher monastischer Klosterverbände;

die Generale exemter (vom Ortsbischof unabhängigen) Priesterorden.

► Als außerordentliche Mitglieder können noch eingeladen werden die Weihbischöfe (heute gegen 900) und die Generalsobern einer nicht exemten Priestergemeinschaft.

All die Genannten haben auf dem Konzil beschließende Stimme (auch die Weihbischöfe, sofern in der Einberufungsbulle nichts anderes vermerkt ist). Nur mit beratender Stimme können noch eingeladen werden: Theologen, Kanonisten und auch sachverständige Laien.

Der Papst präsidiert das Konzil persönlich oder durch Legaten. Als der Bischof, der die Cathedra Petri innehat, ist er der Bischof der Bischöfe, der Hirt der Hirten, das sichtbare Haupt der Gesamtkirche. Die Beschlüsse des Konzils bedürfen zu ihrer Rechtskraft der Bestätigung durch den Papst.

Was will ein Konzil?

● Die Einberufung eines Ökumenischen Konzils besagt einmal, daß Fragen des Glaubens und des Lebens der Christenheit von einem solchen Gewicht zur Lösung anstehen, daß die Kirche nur als ganze sie zur Entscheidung bringen kann, und zwar zu einer Entscheidung, die sowohl eine tiefere Erfassung als auch eine klarere Formulierung der geoffenbarten Wahrheit sein soll.

Die Konziliengeschichte ist ein lebendiger Beweis dafür, daß die Kirche durch ein Konzil in der Erfassung der evangelischen Wahrheit stets eine neue Stufe erstiegen hat. Die Konzilien haben der Kirche die Grundlage, die Norm, die klassische Form für ihre Dogmatik, für ihr kanonisches Recht, ihre Liturgie und das kirchliche Leben gegeben. Die ersten vier Konzilien z.B. haben die Grunddogmen der Kirche formuliert, das trinitarische und christologische Dogma. Man hat sie darum mit den vier Evangelien verglichen. In den Konzilien des Hochmittelalters geht es mehr um die wahre Ordnung in Kirche und Welt. Sie ordnen Papstwahl und Ämterwesen der Kirche, gebieten Gottesfrieden und verurteilen ketzerische Lehrmeinungen. Seit Ende des 13. Jahrhunderts wurde die Kirchenreform, die Reform an Haupt und Gliedern, Hauptthema und blieb es bis Trient, das das Reformkonzil schlechthin wurde. So war ein Konzil für die Kirche immer ein gewisser Wendepunkt ihres Lebens.

● Es ist jedoch nicht allein entscheidend, daß im Konzil Fragen von wesentlicher kirchlicher Bedeutung zu einer Lösung gebracht werden, wichtig ist, daß eben die Lösung durch die Zusammenarbeit aller gefunden wird.

In neuerer Zeit wurde behauptet, daß die Unfehlbarkeit des Papstes die Konzilien überflüssig mache. Mit dem Dogma der päpstlichen Unfehlbarkeit sei die Konzilsidee überhaupt zu Grabe getragen worden. Das ist ein Trugschluß. Auch ein päpstliches Unfehlbarkeitsdogma kann die Bischöfe nicht «zu Werkzeugen eines allmächtigen Papstes degradieren», wie Friedrich Heiler dem römischen Katholizismus vorgeworfen hat. Päpstliche Unfehlbarkeit hebt das Eigenleben und die Eigenverantwortung der Glieder nicht auf. Die Bischöfe sind vom Hl. Geist gesetzt, die Gemeinde Gottes zu regieren. Mit ihnen zusammen ist der Papst die lehrende Kirche. Wohl ist es kirchliche Lehre, daß der göttliche Beistand den Papst vor Irrtum in der Lehre bewahrt, wenn er eine Glaubensfrage endgültig entscheidet.

Aber damit ist noch lange nicht gesagt, daß der Papst die beste Formulierung der Glaubenslehre findet.

Erst recht ist damit nicht gegeben, daß er in seinen fehlbaren Reformmaßnahmen immer die wirksamsten, im Hinblick auf die gegebene Lage segensreichsten Reformgesetze erläßt.

Die Mitwirkung und Zusammenarbeit des im Konzil versammelten Weltepiskopates läßt manchmal Gesichtspunkte finden, an die der Papst selber kaum gedacht hat. Die Konziliengeschichte bis in die neueste Zeit hinein liefert den Beweis, daß eine Entscheidung, die aus der Zusammenarbeit vieler geboren, einen größeren Reichtum an Gesichtspunkten und Erfahrungen in sich birgt, als die einsame Entscheidung eines einzelnen (siehe dazu Orientierung 1959, S. 168 ff. und 181 ff.).

Auf dem Konzil von *Chalzedon* war die sog. monophysitische Irrlehre durch den Brief des Papstes Leo im Grunde entschieden. Die Konzilsväter nahmen diesen Brief als Glaubensaussage Petri selber entgegen. «Durch Leo hat Petrus gesprochen!» Trotzdem fiel die endgültige Formulierung des Dogmas viel präziser, größer und weiter aus als der Text des Papstes.

Das gleiche gilt für die Lehrformulierungen des Konzils von *Trient*, die durch die Zusammenarbeit von Theologen verschiedener Schulrichtung entstanden sind. Sie weisen in ihrer letzten Formulierung eine Reinheit und katholische Fülle auf, die ein einzelner niemals hätte finden können, selbst dann nicht, wenn er durch seine unmittelbare Umgebung beraten worden wäre. Daher stellte schon der große Thomasinterpret Kardinal Cajetan († 1534) fest: Die Autorität des Papstes kann der Autorität des Konzils «intensive», an Vollmacht, gleichkommen, aber nicht «extensive», in der konkreten Fülle. In diesem Sinn hat das Wort seinen gültigen Sinn: «Das Konzil (mit dem Papst) ist größer als der Papst (allein).»

Auch im letzten *Vatikanischen* Konzil wurden die Kommissionen rücksichtslos zerpfückt. Bereits der erste Entwurf «Über den katholischen Glauben» stieß in der ersten Generalkongregation auf scharfe Kritik. Kardinal Rauscher von Wien erklärte: Er berücksichtige zu wenig die wirklichen Zeitbedürfnisse und rieche «zu sehr nach Schule». Erzbischof Conolly von Halifax ironisierte: «Wenn die Theologen von Trient den Entwurf läsen, würden sie sich aus ihren Gräbern erheben und sagen: Seht doch, wie wir es gemacht!» Der Entwurf wurde zwar nicht begraben, wie manche in der Debatte im Ernst gefordert hatten, aber er wurde von einer Unterkommission während zwei Monaten vollständig umgestaltet.

Das Vatikanische Konzil sagte im Hinblick auf die Konzilien selber: «Hier werden die heiligen Dogmen der Religion mit größerer Tiefe definiert, mit größerer Weite ausgesprochen, die kirchliche Disziplin wieder hergestellt und solider fundiert, die Gemeinschaft der Glieder mit dem Haupt vertieft, die Lebenskraft des mystischen Leibes Christi erneuert, der Apostelgeist in der Ausbreitung des Reiches Gottes gefestigt.»⁸

Wir dürfen uns übrigens Konzilsversammlungen keineswegs als lauter harmonische Beratungen lammfrommer Prälaten vorstellen. Es gibt auf den Konzilien auch Opposition, die sehr hitzig werden kann. Auf dem Konzil von Trient mußte ein Konzilsvater buchstäblich Barthaare lassen. Man darf sogar behaupten, ein Konzil ohne Opposition stände im Verdacht, kein freies Konzil zu sein. Ein Konzil muß auch einen Außenseiter ertragen können wie Bischof Martelli von Fiesole, den unentwegten Verfechter der bischöflichen Rechte auf dem Tridentinum, oder Bischof Stroßmayer, den temperamentvollen Advokaten der Redefreiheit auf dem Vaticanum.

● Kardinal Cajetan nannte noch ein drittes Ziel, das die Konzilien verfolgen. Ihnen ist es gegeben, die Einheit der Kirche, die Glaubenseintracht der katholischen Gemeinschaft darzustellen und zu bekräftigen. Dabei geht es nicht um bloße statische Einheit in der jeweiligen Zeit, sondern um die dynamische Einheit der Gottesgemeinde, die ihren Weg in die Zukunft nehmen muß und einer neuen Zeit die Wahrheit Christi zu künden hat. Konzilien waren oft Quelle eines neuen gemeinsamen Dynamismus in der Kirche. Sie haben Imperative für die Zukunft formuliert und Weichen gestellt.

WAS WILL DAS KOMMENDE KONZIL?

Das offizielle Rom hat bis zur Stunde wenig über die genauen Pläne des Konzils verlauten lassen. In der ersten Ankündigung des Konzils nannte der Papst kurz den allgemeinen Grund, warum er überhaupt auf den alten Brauch des Konzils zurückgreife. Er sagte: Diese alte Form lehrhafter Entscheidung und kirchlicher Weisung habe in der Geschichte der Kirche in Zeiten des Umbruchs außergewöhnliche Früchte gezeitigt durch die Klarheit des Denkens, die Geschlossenheit christlicher Einheit und die Weckung des religiösen Eifers.⁹ Indes kam der Papst seither wiederholt in Audienzen auf das Konzil zu sprechen.

Das Hauptziel des Konzils

Das Hauptziel und zugleich das unmittelbare Nahziel der angekündigten Kirchenversammlung ist zunächst nicht dogmatischer Natur, das heißt im Vordergrund stehen nicht lehrhafte Abgrenzungen gegen moderne Zeitirrtümer. Nach wiederholten Hinweisen des Papstes liegt das pastoral-seelsorgerliche Anliegen im Vordergrund, nämlich:

- ▶ Das Wachstum des katholischen Glaubens und die Erneuerung des christlichen Lebens,
- ▶ die bessere Anpassung der kirchlichen Disziplin und des Apostolates an die Erfordernisse der Gegenwart,¹⁰
- ▶ die Intensivierung der Seelsorge.

Das Stichwort heißt also: Erneuerung, Reform, Modernisierung. Das Pastorale liegt auch ganz auf der Linie des neuen Papstes, der selber so ganz der Typus des Seelsorgers ist, dem als Ideal der Priester vorschwebt, der «auf seinem Posten steht» mit einer «chiarezza di pensiero» und einer «grandezza di cuore», mit einem klaren Geist und einem großen Herzen.¹¹

Im einzelnen ist es selbstverständlich noch völlig ungewiß, welchen Weg das Konzil einschlagen wird. Es kann deshalb im folgenden nur darum gehen, Anliegen, Wünsche, Möglichkeiten zu nennen, die in kirchlichen Gremien und aktiven Laienkreisen vorgebracht und ernsthaft disputiert werden. Immerhin sind darunter Wünsche, von denen wir wissen, daß sie von Bischöfen in ihren Wunschzetteln ans kommende Konzil bereits in Rom angemeldet wurden. (Siehe dazu das offene und zügig geschriebene Buch von Hans Küng: «Konzil und Wiedervereinigung»,¹² wie auch Orientierung 1960, Nr. 9, S. 107/108.)

1. Stärkung der bischöflichen Gewalt

Vielen scheint es notwendig, daß man zu einem fundamentalen Thema des 1. Vatikanischen Konzils zurückkehrt, zur Ekklesiologie, und darin besonders zur Lehre vom Bischofsamt. Bekanntlich plante das 1. Vatikanische Konzil eine feierliche Erklärung über das Lehrstück der Kirche Christi, worin das Bischofsamt einen wichtigen Platz eingenommen hätte. Wegen des vorzeitigen Unterbruchs des Konzils wurden nur die Kapitel 11 und 12 ausgearbeitet und verkündet: Primat und Unfehlbarkeit des Papstes. Die Gefahr einer gewissen Einseitig-

keit, eine Überbetonung der Primatialgewalt gegenüber der Bischofsgewalt war damit gegeben. Schon auf dem Konzil hatte eine Minorität der Bischöfe als wesentliches Argument gegen die Definition des Primats ins Feld geführt, daß zuerst die Rechte der Bischöfe definiert werden müßten, die ebenso göttlichen Rechtes seien wie die Rechte des Petrusamtes. Nach dem Konzil sprachen weitblickende Kirchenmänner bereits von einer notwendigen Ergänzung in einer kommenden Zeit.

Kardinal *Newman* sprach die «prophetische» Geschichtserkenntnis aus: «Keine Wahrheit steht für sich allein. Jede ist in Zusammenhang mit andern Wahrheiten in geordneter Schwebung und im Ausgleich gehalten. Die Dogmen der Trinität und der Inkarnation wurden nicht alle auf einmal herausgemeißelt, sondern stückweise. Ein Konzil tat das eine, ein zweites das andere. So wurde das ganze Dogma aufgebaut. Sein erster Teil sah noch einseitig aus. Streitfragen hoben deshalb an, und diese führten zum zweiten und dritten Konzil. Diese kehrten das erste nicht um, aber erläuterten und vervollständigten das vorausgegangene. So wird es auch jetzt sein. Künftige Päpste werden ihre eigene Macht erläutern und in gewissem Sinn begrenzen ... Laßt uns ein wenig Glauben haben. Pius IX. ist nicht der letzte der Päpste... Die jüngste Definition bedarf nicht so sehr der Rückgängigmachung als der Ergänzung ... Ein neuer Papst und ein neues Konzil kann das Schiffelein Petri wieder in die richtige Lage bringen».¹³

Heute erklärt Kardinal *Döpfner* vom kommenden Konzil: «Die kollegiale Verfassung der Kirche soll bewußt dargestellt werden in unserer Zeit, die neben der zentralen Geschlossenheit der Kirche im Petrusamt, für die wir unserem Gott nicht genug danken können, die rasche, sichere, in einem guten Sinn selbständige Wirksamkeit der örtlichen hierarchischen Instanzen und örtlichen kirchlichen Gemeinschaften so notwendig braucht.»¹⁴

In welcher Richtung die Aufwertung des Bischofsamtes zu suchen ist, könnte die Kollektiv-Erklärung des deutschen Episkopates über die Stellung zum Papst geben, die 1875 gegen die Anklage Bismarcks abgegeben und von Pius IX. durch eigenes Breve als ausgezeichnete Interpretation des Vaticanums feierlich approbiert wurde. Darin wird festgestellt: Der Papst kann die von Christus eingesetzte episkopale Verfassung der Kirche nicht ändern. Der Episkopat beruht ebenso auf göttlicher Einsetzung wie das Papsttum. Die Bischöfe sind nicht Werkzeuge und Beamte des Papstes, sondern sind die von Christus gesetzten Nachfolger der Apostel. Von dort her ergeben sich ihre Rechte und Pflichten. Sie können nicht vom Papst beansprucht und absorbiert werden. Die bischöfliche Gewalt kann nicht durch die päpstliche Gewalt substituiert werden. Der Papst ist Bischof von Rom und nicht Bischof von Köln oder Breslau. Es ginge also in einer neuen Formulierung wesentlich darum, daß das Grundverhältnis «Bischöfe: Papst» im Blick auf das biblische Verhältnis «Apostel: Petrus» ausgewogener und klarer ausgesprochen würde. Die unabänderliche Verfassung der katholischen Kirche ist gegenüber den beiden überspitzten und darum häretischen Formen des Konziliarismus und des Papalismus zugleich petrinish und apostolisch, papal und episkopal, hierarchisch und kollegial.

Die Einberufung eines Konzils durch den Papst ist bereits ein Beweis, daß der Papst das kollegiale Prinzip in der Regierung der Kirche von neuem betonen will. Das Konzil sagt in sich schon über alles deutlich, daß Petrus mit den Aposteln, der Papst mit den Bischöfen die Kirche verantwortlich tragen und leiten. Auf einer Pressekonferenz über das Konzil erklärte Kardinalstaatssekretär *Tardini* ausdrücklich: Die Einberufung eines Konzils müsse daher verstanden werden, daß der Primat des Papstes den Episkopat nicht von der Leitung der Kirche ausschließen könne. Vielmehr sei der Papst nach Christi Anordnung gehalten, die Bischöfe an der Kirchenleitung teilnehmen zu lassen.¹⁵ Es ist bekannt, daß der Papst schon als Nuntius solche Fragen, die die Autorität eines Bischofs selber entscheiden kann, mit dem Hinweis abwies: «Die Bischöfe sind Nachfolger der Apostel».¹⁶

2. Dezentralisierung oder vermehrte Geltung der «Zwischenstufen»

Seit Pius XII. ausdrücklich verkündet hat, daß das Subsidiaritätsprinzip auch für die Kirche Geltung hat,¹⁷ ist der Ruf nach Dezentralisierung nicht mehr verstummt. Mehr denn je sieht man heute ein, daß die missionarischen Probleme und die pastorellen Anliegen von Kontinent zu Kontinent, von Land zu Land so verschieden sind, daß sie nicht durch ein Einheitsrezept für alle Welt von Rom aus gelöst werden können. Die Aufwertung des Bischofsamtes käme diesem Ruf nach Dezentralisierung entgegen. Die Diözese würde von selbst eine Stärkung erfahren. Dennoch dürfte es der allgemeinen Tendenz der modernen Zeit nach größeren wirtschaftlichen, kulturellen und sogar politischen Zusammenschlüssen eher zuwiderlaufen, wenn die kleine Einzeldiözese ein zu großes Eigengewicht bekäme. Schon die altkirchliche Diözese war in den Metropolitan- und Patriarchats-Verband eingebettet. Schon damals hatten diese Verbände einen gewichtigen Platz in der Gesamtkirche. Als Zwischenstufen hatten sie einen bestimmenden Einfluß auf das kirchliche Leben. Solche Verbindungen wären heute noch dringlicher geboten. Denn die Diözese ist erst recht nicht mehr eine geschlossene Einheit, nachdem die Entfernungen immer geringer und die Welt sozusagen immer kleiner wird. Auch die Diözesen müssen in ihrem größeren nationalen und internationalen Zusammenhang gesehen werden. Ein großer Teil wichtiger diözesaner Fragen kann heute nur interdiözesan geregelt werden. Die Bedeutung der Bischofskonferenzen auf nationaler und selbst kontinentaler Ebene hat deshalb sehr zugenommen. Bei einer Neuordnung mit Dezentralisation sollten darum bestimmte Ländergruppen mit gleicher Kultur und ähnlicher seelsorgerlicher Lage zu einem Kirchenverband zusammengeschlossen werden. Solchen Kirchenverbänden oder Bischofskonferenzen eines Landes, eines Sprachraumes oder eines Kontinentes könnten dann weitgehende Rechte und Kompetenzen, die heute Rom hütet, übertragen werden.

Es ist keine Frage, daß manche notwendige Reformen über solche Bischofskonferenzen bedeutend leichter und besser durchgeführt werden können als über zentrale Behörden der römischen Kurie oder eine einzelne Diözese. Als Modellbeispiel zitiert man gern den neuen deutschen Einheitskatechismus. Bekanntlich wurde auf dem Vaticanum die Einführung eines Universalkatechismus für die ganze Kirche vorgeschlagen und lange diskutiert. Viele Bischöfe wehrten sich energisch gegen eine derartige Uniformierung. Wie hätte auch ein Katechismus für Buschnecker, Eskimos, Amerikaner, Spanier, Engländer, Deutsche usw. aussehen müssen! Der Plan wurde schließlich aufgegeben. Es entstanden viele Diözesan-Katechismen. Unterdessen hat sich am Musterbeispiel Deutschland gezeigt, daß eine neue Reform des Katechismus zwar notwendig war, daß aber der deutsche Episkopat mit Hilfe guter Expertenkommissionen sie leichter und sachgemäßer durchführen kann als ein einzelner Bischof oder auch Rom. Was ein Universalkatechismus für Neger, Chinesen, Amerikaner, Franzosen usw. nicht leisten kann, das leistet der deutsche Einheitskatechismus in mustergültiger Weise für die deutschsprachigen Diözesen. In der besten Tradition stehend, nimmt er zugleich Rücksicht auf den Fortschritt der Pädagogik, Didaktik und der Theologie gerade im deutschsprachigen Raum und seine bildungsmäßigen und kulturellen Besonderheiten. In genauer Kenntnis der Lage konnte eine Reform durchgeführt werden, die wirklich der Situation in diesem Land angepaßt ist (Küng).

Ähnliches wäre zu sagen über konkrete Gestaltung des Gottesdienstes, über Kirchenmusik, Kirchengesang und Frömmigkeitsformen. Das Kultureigene, das das Lebensgefühl der einzelnen bestimmt und damit auch mehr anspricht, könnte bei dieser Regelung seine notwendige Berücksichtigung finden. Was die Missionszyklika Johannes XXIII. für die verschiedenen Kulturen der Missionsgebiete fordert, ist sicher auch für die christlichen Stammländer (die übrigens wieder mehr und mehr Missionsgebiete werden!) gültig.

3. Neue Wege der Seelsorge

Die Umwelt der Kirche hat eine große Wandlung erfahren und steht noch mitten drin. Diese Wandlung von einer mehr patriarchalischen zur technisierten, industriellen Gesellschaft

verlangt auch neue Formen des Apostolates. Der Vorwurf, daß die Kirche noch allzusehr von gestern ist und in den alten Kategorien denkt, ist kaum von der Hand zu weisen. Manche religionssoziologische Bestandesaufnahmen haben gezeigt, wie weit die Kirche mit großen Bevölkerungsschichten den Kontakt eigentlich schon verloren hat und mit den überkommenen Seelsorgsmethoden sie nicht mehr erfaßt.

Man lese einmal aufmerksam die Betrachtungen im Sonderheft zum Eucharistischen Weltkongreß der «Herder-Korrespondenz» (Juli 1960) über den europäischen Katholizismus und die Erkenntnis aus der Großstadt-Mission München 1960. Über letztere wird gesagt: «Alles in allem: München hat gelehrt, das alte Denken über die Volksmission und ihre Erfolge endgültig aufzugeben und ihr eine bescheidenere, wenn auch bedeutungsvolle Funktion zuzuweisen. Diese Funktion liegt darin, die verbliebene Kernpfarre zu erneuern und als Liebeszeichen Christi in der Welt sowie als Stellvertretung für die vielen' zu aktivieren, durch die seelische Spannung einen Elan hervorzurufen, ... mannigfache Kräfte mobil zu machen, den Himmel um Gnade zu bestürmen, ein freundliches Klima für die Spezialmissionare und ihre Laienhelfer, die beide zur ersten Bedeutung (von uns gesperrt) aufrücken, zu schaffen und eine gemeinschaftliche Bemühung um christliche Strukturen in den Lebensräumen zu eröffnen» (S. 443).

Das Konzil wird der Boden sein, eine Bestandesaufnahme von der Situation der Gesamtkirche zu machen und aus dieser Diagnose die entsprechenden Heilmittel zu finden. Zum Teil werden Revisionen bisheriger Formen fällig sein, zum Teil werden neue Wege mutig in Angriff genommen werden müssen. Der internationale Kongreß für Liturgie und Mission in Nijmegen vom September 1959, an dem 130 Experten, darunter 30 Bischöfe, aus allen Missionsländern anwesend waren, hat bereits konkrete Wünsche zu Händen des Konzils formuliert. Zum Beispiel:

- ▶ Muttersprache für den Lehrgottesdienst der Messe;
- ▶ Revision gewisser Riten der Sakramentspendung (besonders Taufe und Ehe);
- ▶ Größere Freiheit in der Gestaltung kirchlicher Feiern durch Berücksichtigung völkischen Brauchtums (z.B. sollten nach dem Wunsch von Missionaren gewisser Volksstämme Volks-sitten wie Tänze beim Begräbnis ihren gebührenden Platz erhalten).

Bereits wird schon viel diskutiert um eine Erneuerung – im Grunde ginge es um eine Neuschaffung – des Diakonates. Heute ist das Diakonat nur noch «Weihestufe» zum Priestertum und hat seelsorgerlich sozusagen keine Bedeutung mehr. Das Diakonat würde wieder ein dauerndes und in sich stehendes Amt mit einem realen Aufgabenkreis und eigenem apostolischem Arbeitsfeld (Katechese, Heimleitung, Fürsorge usw.) werden. Die Diakone könnten verheiratet sein. Gerade so dürften sie sich für manche Aufgaben wie z.B. Heimleitung viel besser eignen als der ehelose Priester oder die ehelose Schwester (siehe Orientierung 1960, Nr. 11, S. 121 ff.)

Vor allem hat der Laie eine ganz neue Bedeutung in der Kirche von heute bekommen. Es geht fast um eine kopernikanische Wendung. Nicht der Pfarrer steht an der Front, sondern der Laie. Der Pfarrer ist schon in der Etappe. «Die ersten und nächsten Apostel unter der Arbeiterschaft müssen Arbeiter sein» (Pius XII.). Der Laie wird also immer mehr mitverantwortliches Subjekt in der Kirche. Er bekommt eine aktiv-initiative Rolle. Die Kirche kann nicht mehr auf ihn verzichten. Tatsächlich figuriert unter den 10 Vorbereitungskommissionen des Konzils eine eigene für das Laienapostolat und die Katholische Aktion. Aufgabe des Konzils wird es sein, die rechtliche und apostolische Funktion des Laien in der Kirche genauer zu bestimmen.

4. Revision des Kirchenrechtes

Im Zuge der Anpassung an die moderne Zeitlage soll nach den Worten des Papstes das kirchliche Gesetzbuch revidiert werden. Das Konzil steht über dem Kirchenrecht und kann so Re-

formen großen Stils durchführen (was eine Diözesansynode nicht kann, da sie immer unter dem allgemeinen Kirchenrecht steht). Aufgabe des Konzils wird es sein, wenigstens gewisse Richtlinien für die Revision aufzustellen. Schon das jetzige kirchliche Gesetzbuch wertete die Wünsche und Anregungen aus, die für das Vatikanische Konzil gemacht wurden.

Eine Revision ist in vielen Punkten fällig. Im allgemeinen sollte das revidierte Kirchenrecht mehr als das jetzige ein Rahmengesetz sein, das je nach den Umständen der Zeit und der völkischen Situation eine gewisse Freiheit des Handelns läßt.

Im besonderen wird z.B. gewünscht:

- ▶ Reform der Ehegesetzgebung (Abschaffung von solchen Eehindernissen, für die eine Dispenseinholung reine Formalität ist. Die trennenden Eehindernisse niederen Grades [can 1042 § 2 nn 1–5]¹⁸, die noch aus der vortridentinischen Zeit stammen und aus den damaligen Verhältnissen begründet werden, könnten ruhig fallen. Die Ehegesetzgebung allgemein, vor allem auch die Eheprozeßordnung sollten vereinfacht werden).
- ▶ Reduzierung der Kirchenstrafen auf ein Minimum (z.B. Abschaffung der Kirchenstrafen *latae sententiae*, d.h. jener Strafen, die der Delinquent durch sein Delikt als solches, ohne richterliches Urteil, auf sich zieht).
- ▶ Neuordnung der Bücherzensur und Reform der Indexbestimmungen. Angesichts der modernen Kommunikationsmittel erfüllt der Index auch nach römischer Ansicht seine Funktion nicht mehr. Er ist nicht nur weithin unbekannt, sondern auch nicht mehr verstanden und wird von der intellektuellen Schicht nicht mehr ernst genommen (siehe Orientierung 1959, S. 124 ff.).
- ▶ Ersetzung des Benefizialrechtes durch ein Beamtenrecht. (Das Benefizialwesen [Pfründenwesen], das aus einer feudalistischen Wirtschaftsordnung stammt, ist heute größtenteils vorbei. Vor allem im Norden ist die Entwicklung vom *beneficium* [= Pfründe] zum *officium* [= Amt] schon weit fortgeschritten. Sie ist von der modernen Wirtschaftsform und der Verwaltung her bestimmt und ist nicht aufzuhalten.)

5. Intensivierung der Seelsorge

Die Steigerung der Seelsorgskräfte und die Intensivierung der Seelsorge sieht der Papst vor allem in einer besseren Koordinierung sowohl der Einzelkräfte als auch gemeinsamer Aktionen. Der Papst hat schon die Absicht geäußert, den Diözesen eine bessere kirchenrechtliche Struktur zu geben, durch die eine sachgerechtere Verteilung des Klerus, engere Zusammenarbeit von Welt- und Ordensklerus, gegenseitige Unterstützung von Pfarreien usw. gewährleistet werden. Ja vielleicht werden sogar die Diözesangrenzen gesprengt, damit in seelsorgerlichen Notfällen ein interdiözesaner Priesterausgleich möglich ist.

Eine bedeutende Intensivierung des Apostolates im weiten Sinn wäre möglich und auch äußerst dringlich auf dem Gebiet der modernen Kommunikationsmittel: Presse, Rundfunk, Fernsehen, Film, die kirchlicherseits immer noch stiefmütterlich und teilweise geradezu dilettantisch behandelt werden. Die Kirche wird hier das «Rennen» verlieren, wenn sie einerseits nicht großplanig und einsatzbereit tüchtige Fachleute heranzubildet, die das moderne Bildungs- und Informationsinstrument souverän zu spielen vermögen, und wenn sie andererseits nicht zugleich für bessere, zuverlässige Verbindungen einer internationalen Information und Berichterstattung besorgt ist.

A. Ebnetter

Anmerkungen

¹ Y. Congar, *Le concile, l'Eglise et «les autres»*, dans: *Lumière et vie*, No 45, p. 69.

² *Osservatore Romano* (O.R.), 10./11. Aug. 1959; *Motu proprio* «*Supremo Dei nutu*», O.R. 5.6.60. — ³ O.R. 24.4.1959.

⁴ Das griechische Wort «*Oikoumene*» bezeichnet die im Gesichtskreis eines Griechen, Römers oder Juden liegende bewohnte Erde. Praktisch

bedeutete es das damalige Kaiserreich (vgl. Lk 2, 1), das fast die ganze zivilisierte Welt umfaßte (der weite Osten Asiens war noch kaum bekannt). Später sah man in der Oekumene eine Zusammenfassung des Ost- und Weströmischen Kaiserreiches. Durch diesen geographischen Begriff wurde zunächst auch der Begriff des «Oekumenischen Konzils» mitbestimmt: man meinte damit im Unterschied zu den örtlichen oder regionalen Zusammenkünften von Bischöfen die Zusammenkunft der katholischen Bischöfe der gesamten Oekumene, der gesamten bewohnten Erde, die konkret mit dem Ost- und Weströmischen Kaiserreich zusammenfiel. Im Laufe der Zeit wurde der ursprünglich geographisch-geschichtlich gemeinte Begriff mehr theologisch gesehen. Gerade die Schismen führten zu dieser mehr theologischen Schau, da durch das Schisma manche Gebiete einfach ausfielen, die Kirche aber trotzdem ihre Oekumenizität bewahrte, indem nach wie vor ihr Auftrag an alle Menschen gerichtet ist, auch wenn sich Glieder abspalteten, wie die Nestorianer, Monophysiten, usw. Verloren ging nicht die Oekumenizität der Kirche, sondern die Zugehörigkeit der Getrennten zur Kirche (Zugehörigkeit im vollen Sinn der Gliedschaft gemeint).

⁶ Die ersten Konzilien wurden durch den Kaiser einberufen. Erst der dauerliche Riß zwischen der byzantinischen Welt und dem Papsttum machte um die Jahrtausendwende die Einberufung durch den Kaiser unmöglich. Die Päpste erklären, sie allein besäßen die Autorität, Oekumenische Konzilien einzuberufen. Denn das muß man festhalten, daß auch bei der Einberufung des Konzils durch den Kaiser sich die Päpste stets das Recht vorbehalten haben, die Entscheidungen der Konzilsväter zu genehmigen oder zu verwerfen. Auch als Schutzherr des Konzils hatte der Kaiser keine eigentlichen geistlichen Vollmachten, wie Theodosius bei der Einberufung der Synode von Ephesus 449 sagte: «Die Sorge für die Religion, die Wahrheit und den rechten Glauben ist ganz Sache der Bischöfe» (Hardouin t. II, col. 71).

⁶ In den ersten Konzilien wurden praktisch nur die Metropolen eingeladen, wohl mit der Bitte, sich von Bischöfen ihres Sprengels begleiten zu lassen.

⁷ Hubert Jedin, Kleine Konziliengeschichte, Herder-Bücherei, Bd. 51, gibt eine musterergütige Übersicht über die 20 Oekumenischen Konzilien im Rahmen der Kirchengeschichte. Höchst empfehlenswert!

⁸ Einleitung zur Constitutio de fide catholica «Dei filius». Cf. Granderath, Geschichte des Vatikanischen Konzils, II, 487/88. — ⁹ AAS 1959, p. 68.

¹⁰ Enzyklika «Ad Petri Cathedram», AAS 1959, p. 511. — ¹¹ O.R. 24.4. 1959.

¹² Herder Verlag, Freiburg i.Br., 1960. Küng steckt hier den Rahmen für eine katholische Erneuerung der Kirche ab, zeichnet die Erneuerung der Kirche in Geschichte und Gegenwart und zeigt die Möglichkeiten und Wünsche einer kommenden Erneuerung auf. Ein anregendes und wohl-tuendes Buch! (Den Papsttext, der dem Buch als Leitwort vorangestellt wird, übersetzt Küng u. E. etwas sinnstörend: «... Das Hauptziel des Konzils besteht darin, das Wachstum des katholischen Glaubens und die wahre Erneuerung der Sitten des christlichen Volkes zu fördern, damit die Kirchenordnung besser den Bedürfnissen und Bedingungen unserer Zeit angepaßt werde». Der lateinische Text ordnet die drei Günde nebeneinander. Die Anpassung der kirchlichen Disziplin an die Zeitbedürfnisse dürfte auch kaum das Ziel der Erneuerung der christlichen Sitten sein. Es ist eher ein Mittel dazu.

¹³ Zit. bei Küng a.a.O. S. 200. — ¹⁴ Wort und Wahrheit 1960, S. 332f.

¹⁵ O.R. 1.11.1959. — ¹⁶ Hochland 1959, S. 499. — ¹⁷ AAS 1946, p. 144ff.

¹⁸ Dazu gehören: Blutsverwandschaft im 3. Grad der Seitenlinie; Schwägerschaft im 2. Grad der Seitenlinie; öffentliche Ehrbarkeit im 2. Grad; geistliche Verwandschaft; Hindernis des Verbrechens mit Ehebruch und Eheversprechen.

ZUM GODESBERGER PROGRAMM DER SPD*

Notwendige Vorbemerkungen

Seit mehr denn zehn Jahren sieht sich die Sozialdemokratie in der Deutschen Bundesrepublik auf die Bänke der Opposition verwiesen. Von Wahl zu Wahl macht sie vermehrte Anstrengungen, um sich aus ihrer sterilen und höchst unangenehmen Lage zu befreien.

Die Lage ist aus einem zweifachen Grund doppelt bitter. Einmal im Hinblick auf die Rolle, die die Sozialdemokratie in der Zwischenkriegszeit der Weimarer Republik gespielt hat, wo sie sich in schwerer Zeit zunächst tapfer geschlagen und mit Verantwortungsbewußtsein für das Land – zum Teil gegen eigene liebgeordnete Ideologien und Traditionen – eingesetzt, in entscheidender Stunde aber vor den Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Depression und dem drohenden Sturm des Nationalsozialismus kapituliert hatte. Dann aber auch im Hinblick auf die überaus starke Stellung des Bundeskanzlers im neuen Bonner Grundgesetz. Der Führer der deutschen Sozialdemokratie, Kurt Schumacher, in der Hoffnung, selbst auf diesen Posten berufen zu werden und in richtiger Erkenntnis der Schwächen der Weimarer Republik, hatte eifrig mitgeholfen, die Stellung des deutschen Bundeskanzlers möglichst stark und – während der Regierungsperiode – fast unangreifbar zu machen, da er nur durch ein schwieriges sogenanntes «konstruktives Mißtrauensvotum», das zugleich eine neue Nomination vorschlägt und sichert, gestürzt werden kann. Nun regiert mit dieser Macht ein Mann der Gegenpartei, der die SPD mit äußerster Energie und Konsequenz und vor allem zufolge der außenpolitischen Erkenntnisse und Erfolge fernhält.

Zwölf Jahre Ausschluß aus der Regierung sind eine harte und nervenzehrende Sache für eine Partei, die groß ist, viele ungeduldige Anwärter auf gar viele Posten besitzt, noch die lebendige Erinnerung an eigene Regierungszeiten vor dreißig Jahren wachhält, während der ganzen Zeit der Naziherrschaft brennend darauf gewartet hat, deren Erbe anzutreten, in der Zwischenzeit die Erfolge (und Mißerfolge) ihrer Parteigenossen in England und Schweden studiert hat und (wenn auch unter bittersten Enttäuschungen über die Katastrophen marxistischer Gewalttaten in Rußland, der Tschechoslowakei und anderswo) doch an einigen, in liebgewordenen sozialen Träumen und hartnäckigen Studien sorgsam gehegten Zielen sozialistischer Gesellschafts- und Staatslehre festgehalten hat.

* Vergleiche den Artikel «Die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie im Spiegel ihrer Parteiprogramme» in dieser Zeitschrift Nr. 12/13, S. 136–140.

Überdies wuchs die Erkenntnis, daß die Hoffnung auf selbsttätige Verwirklichung sozialistischer Ziele durch den autonomen Gang der Weltgeschichte und insbesondere durch das Überhandnehmen einer proletarischen herrschaftsfähigen Mehrheit durch die tatsächliche Entwicklung widerlegt sei und daß man sich infolgedessen auch anderen Bevölkerungsschichten annehmbar und verlockend machen müsse. So war es notwendig und zeugt von tapferer Einsicht, daß sich die deutsche Sozialdemokratie entschloß, sich ein neues Parteiprogramm, «Grundsatzprogramm der SPD», zu geben, mit dem man hoffen konnte, von neuen Grundlagen aus neue Wahlen zu gewinnen, sei es, daß man die absolute Mehrheit, sei es, daß man wenigstens die Stellung der stärksten Partei mit dem ersten Anspruch auf die Regierungsbildung erlangt.

Freund und Feind betrachten das neue Grundsatzprogramm, angenommen auf dem außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg vom 13.–15. November 1959, weniger als Partei- denn als Wahlprogramm. Das wurde am Parteitag von einigen maßgeblichen Rednern auch mit bemerkenswerter Offenheit ausgesprochen. Dies gilt es bei einer realistischen Interpretation zu berücksichtigen.

Ein Parteiprogramm, erst recht ein Wahlmanifest, ist nicht eine theoretische Abhandlung, die nach dem bloßen Wortlaut wissenschaftlich interpretiert werden kann, sondern ein Instrument in den Händen einer organisierten Gruppe, wobei es für die realistische Betrachtung ebenso sehr auf die Machtverhältnisse innerhalb dieser Gruppe und deren eigentliches Wollen wie auf den Wortlaut ankommt.

Trotzdem – oder gerade deswegen – sollte man ein solches Programm weder über- noch unterschätzen.

Nicht überschätzen: Es ist kein Lehrbuch mit theoretisch ausgefeilten Formulierungen, es enthält nicht alles, was eine solche Partei zu sagen hat und zu tun gedenkt, es will und braucht gar nicht vollständig zu sein, sondern darf und muß Lücken enthalten. Es wäre verkehrt, das Programm danach beurteilen zu wollen, und würde auch bei anderen uns vielleicht viel näherstehenden Programmen zu unliebsamen Entdeckungen führen. Ein solches Programm ist aber auch kein Vertragstext oder Gesetzesbeschluß, der im Falle der Machtübernahme klagbar und von außen durchsetzbar wäre. Es bietet keine feste Garantie, daß auch durchgeführt würde, was darin steht – auch wenn man nicht hinter jedem Wort einen Fallstrick und Täuschungsversuch zu sehen braucht oder zu sehen berechtigt ist.

Man sollte solche Programme aber doch auch nicht unterschätzen. Gerade in der Geschichte der Sozialdemokratischen Partei haben Partei-

programme eine sehr bedeutende, bisweilen entscheidende Rolle gespielt, vielleicht mehr als in irgendeiner andern Partei, die Kommunisten und die Nationalsozialisten ausgenommen. Selbst wenn man der Auffassung sein sollte, die SPD spreche in dem Programm weniger das aus, was sie eigentlich will, als das, was sie für breitere Schichten als zugkräftig (oder in den Lücken als hinderlich und wenig anziehend) betrachtet, kann man an einem solchen Manifest nicht achtlos vorbeigehen. Es zeigt den Stand der Entwicklung und Diskussion auf. Es zeigt darüber hinaus gewisse Strömungen in der Partei auf, die noch nicht harmonisiert werden konnten – wie übrigens keine der heute bestehenden Parteien ohne erhebliche innere Spannungen ist. Innere Gegensätze sind kein besonderes Charakteristikum der SPD. Welches die Stoßkraft der einzelnen Strömungen ist, ist freilich aus dem bloßen Wortlaut des Programms noch nicht zu ersehen, nicht einmal dort, wo um eine Formulierung gerungen und schließlich einer besonderen Formulierung zugestimmt wurde: sie kann ja auch mehr taktisch als grundsätzlich gemeint sein. Die Tatsache, daß es nicht nur ein Parteiprogramm, sondern ein aktuelles Wahlmanifest ist, erleichtert natürlich eine sachliche Diskussion nicht besonders.

Trotz dieser Abgrenzungen und Einschränkungen und trotzdem es hier nicht möglich ist, auf innere und übrigens noch ständig wechselnde Kräfteverhältnisse innerhalb der Partei einzugehen, lohnt es sich, den Wortlaut selbst einmal zu betrachten.

DAS GRUNDSATZPROGRAMM

Das «Grundsatzprogramm», dem in den kommenden Monaten ein konkretes Aktionsprogramm folgen soll, gliedert sich, nach alter Übung solcher Programme, in einen grundlegenden und einen ausführenden Teil.

Vorausgeschickt ist ein eher hymnischer Prolog im Stil der Aufrufe zum 1. Mai und sonstiger Festreden, in dem die etwas radikalere Richtung der Partei zu Wort kommt.

*«Das ist der Widerspruch unserer Zeit,
daß der Mensch die Urkraft des Atoms entfesselte und sich jetzt vor
den Folgen fürchtet;*

*daß der Mensch die produktiven Kräfte entwickelte, ungeheure
Reichtümer ansammelte, ohne allen einen gerechten Anteil an dieser
gemeinsamen Leistung zu verschaffen;*

*daß der Mensch sich die Räume der Erde unterwarf, die Kontinente
zueinander rückte, nun aber waffenstarrende Machtblöcke, die die
Völker mehr voneinander trennen als je zuvor, und totalitäre Systeme
seine Freiheit bedrohen ...*

*Diesen Widerspruch aufzulösen, sind wir Menschen aufgerufen. In
unsere Hand ist die Verantwortung gelegt für eine glückliche Zukunft
oder für die Selbstzerstörung der Menschheit.*

*Nur durch eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft öffnet der
Mensch den Weg in seine Freiheit.*

Diese neue und bessere Ordnung erstrebt der demokratische Sozialismus.»

Was an diesem Hymnus auffallen mag, ist die einseitige Betonung der äußeren Ordnung und – als warnendes Signal – die Umkehrung von Ursache und Wirkung, wenn zuerst die waffenstarrenden Machtblöcke und erst hinterher die totalitären Systeme genannt werden. Doch wollen wir nicht an solchen Einzelheiten hängenbleiben, auch wenn sie veräusserliche Zeichen dafür sein können, wie labil und unklar die Wertordnung ist, die hinter dem Ganzen steht.

*

Im grundlegenden und teilweise mit bemerkenswerter Sorgfalt formulierten Teil ist zuerst von «Grundwerten des Sozialismus», dann darauf aufbauend von seinen «Grundforderungen für eine menschenwürdige Gesellschaft» die Rede.

1. Grundwerte

*«Die Sozialisten erstreben eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine
Persönlichkeit in Freiheit entfalten und als dienendes Glied der
Gesellschaft am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der*

*Menschheit mitwirken kann. Freiheit und Gerechtigkeit bedingen
einander. Denn die Würde des Menschen liegt im Anspruch auf Selbst-
verantwortung ebenso wie in der Anerkennung des Rechtes seiner Mit-
menschen, ihre Persönlichkeit zu entwickeln und an der Gestaltung der
Gesellschaft gleichberechtigt mitzuwirken.*

*Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die aus der ge-
meinsamen Verbundenheit folgende gegenseitige Verpflichtung, sind
die Grundwerte des sozialistischen Wollens.»*

Bemerkenswert scheint hier die auffallende Betonung der Freiheit, und zwar der Freiheit der selbstverantwortlichen Persönlichkeit, wobei zwar (auch im übrigen Teil des Programms) völlig offen bleibt, vor wem diese Persönlichkeit verantwortlich sein soll, aber immerhin die Bindung an die Gemeinschaft ausgesprochen wird, wenigstens in jenem formalen kantischen Sinn, daß nämlich das Recht des einen nicht das Recht der übrigen verletzen oder beeinträchtigen soll. Von einer inneren Zielrichtung dieser Persönlichkeit und worin eigentlich ihre Vollendung bestehen soll, ist nirgends die Rede. Hier liegt eine Schwäche des ganzen Programms, wie sich gleich noch deutlicher zeigen wird.

Bemerkenswert ist ferner die Ersetzung der Trilogie der Französischen Revolution «Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit» durch «Freiheit – Gerechtigkeit – Solidarität».

An die Stelle gleichmacherischer Gleichheit, die allzu leicht in Gleichschaltung durch staatliche Macht und Beraubung der Freiheit aller durch die Gewalthaber ausartet, tritt die Gerechtigkeit, die nicht jedem das Gleiche, sondern jedem das Seine zu gewähren oder zu lassen bereit ist: ein entschieden realistischeres und sachgemäßeres Prinzip. Die etwas romantisch-sentimentale «Brüderlichkeit» ist ersetzt durch die nüchterne Solidarität, ein Wort, das aus dem Schatz der tatkräftigen Gewerkschaften stammt.

Über die weltanschauliche Grundhaltung und die tiefere Fundierung der genannten Grundwerte spricht sich der darauf folgende inhaltsschwere und die ganze Problematik offen zur Schau stellende Satz aus: «Der demokratische Sozialismus, der in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt ist, will keine letzten Werte verkünden – nicht aus Verständnislosigkeit und nicht aus Gleichgültigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen Werten, sondern aus der Achtung vor den Glaubensentscheidungen des Menschen, über deren Inhalt weder eine politische Partei noch der Staat zu bestimmen haben.»

Die Vertreter des demokratischen Sozialismus berufen sich also weder auf Marx oder die französischen und englischen Sozialisten, weder auf Materialismus noch Kollektivismus, noch auch andererseits auf die christliche Religion, sondern auf die christliche Ethik, den Humanismus und die klassische Philosophie.

Die Kritiker fragen natürlich: Was heißt christliche Ethik – ohne christliche Religion, ohne Bekenntnis zu Gott und zum ewigen Leben, ohne eine verbindliche Schöpfungsordnung, ohne christliches Menschenbild? Trotzdem bleibt es ein Fortschritt gegenüber früheren Auslassungen, daß man sich auf christliche Ethik beruft, wobei darunter wohl vor allem die Achtung vor der Würde der selbstverantwortlichen Persönlichkeit und die Nächstenliebe gemeint sein mag. Die Lücke aber in Aussage und Fundierung ist nicht zu übersehen.

Beim «Humanismus» klingen die Ideale und Ziele der sozialistischen Kulturbewegung an, wobei man heute wohl vor allem an Goethe denkt. Es stimmt freilich nachdenklich, daß in Holland der «Humanismus» ausgesprochen atheistisch ist und daß auch die Freidenkerbewegung, die in manchen Kreisen der deutschen Sozialdemokratie neben ausgesprochen evangelischen Gruppen sich regt, sich gerne auf Humanismus beruft. Im Abschnitt über «das kulturelle Leben» schimmert, nach einem ersten Absatz über «Religion und Kirche», in den folgenden Absätzen über Schule, Wissenschaft und Kunst jedenfalls ein «Humanismus» durch, der nichts weniger als Vertrauen erweckt. Man kann es den Christen nicht verdenken, wenn sie hier angesichts einer wirklich noch nicht bewältigten Vergangenheit der sozialistischen Bewegung größere Klarheit und Bestimmtheit ver-

langen, so schwierig dies auch für eine Partei mit so verschiedenen Generationen und Traditionen sein mag.

Die Berufung auf die «klassische Philosophie» gilt vor allem Kant und dem Neukantianismus, weniger Fichte und Hegel, wobei von Kant vor allem die agnostische und formalistische Komponente festgehalten ist, die allen möglichen Interpretationen offen steht, aber auf keine oder fast keine inhaltlichen Momente sich festlegen läßt.

Dementsprechend will dieser demokratische Sozialismus «keine letzten Werte verkünden» (im Gegensatz zu früher), nicht aus Verständnislosigkeit oder Gleichgültigkeit, sondern aus Achtung vor den Glaubensentscheidungen des Menschen, über deren Inhalt weder Partei noch Staat zu bestimmen hätten. Das Programm fügt hinzu: *«Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei der Freiheit des Geistes. Sie ist eine Gemeinschaft von Menschen, die aus verschiedenen Glaubens- und Denkrichtungen kommen. Ihre Übereinstimmung beruht auf gemeinsamen sittlichen Grundwerten und gleichen politischen Zielen.»*

Man wird billigerweise anerkennen müssen, daß hier der Versuch gemacht wird, eine Formel zu finden, die der Tatsache einer nicht nur gesellschaftlich und politisch, sondern auch weltanschaulich pluralistischen Gesellschaft gerecht zu werden vermöchte. Mit diesem Problem hat nicht nur die Sozialistische Partei, sondern auch jede andere Partei, die die Weltanschauung ernst nimmt, hat auch die CDU in bezug auf die Interpretation des «christlich», hat jede Regierung eines weltanschaulich gespaltenen Volkes, hat die UNO und jede internationale Organisation, die neben Christen auch Mohammedaner, Buddhisten und Ungläubige umfaßt, zu ringen. Es ist das schwierige Problem einer Toleranz, die keine Indifferenz ist, der Überzeugtheit der fundierenden Weltanschauung ohne Vergewaltigung der Andersdenkenden, der Achtung vor jeder echten Glaubensüberzeugung, ohne deshalb auch jede für gleich richtig (oder gleich falsch) zu halten.

Leider wird diese noble Achtung vor der Glaubensentscheidung und Glaubensüberzeugung dann im Abschnitt über die Kultur, die Schule und die Wissenschaft in keiner Weise festgehalten, sondern wiederum der Versuch gemacht, das Problem statt durch Freiheit der Schule durch eine Form der staatlichen Zwangsschule zu lösen, die ihrerseits den agnostischen Neutralismus zur Weltanschauung erhebt und diese den andern aufzuzwingen versucht. Es ist aber eine veraltete Auffassung von Toleranz, zu meinen, sie bestehe in der Preisgabe oder Sterilisierung echter Überzeugung. Eine solche «Toleranz» bedeutet nicht Achtung, sondern bloß Relativierung der Überzeugung Andersdenkender.

So steht denn auch die Erklärung in einem gewissen Zwielicht: *«Die SPD ist die Partei der Freiheit des Geistes, eine Gemeinschaft von Menschen, die aus verschiedenen Glaubens- und Denkrichtungen kommen.»*

Leider wird man den intensiven Verdacht nicht los, daß es sich hier im grundlegenden Teil des Grundsatzprogramms weniger um (eigene und fremde) wirkliche Überzeugungen, als vielmehr um bloße Denkrichtungen und Auffassungsweisen handelt. Diese aber können sehr rasch wechseln und bieten kein zuverlässiges Fundament für eine konsequente und überschaubare Politik.

Es ist darum sehr schwierig, diesen «sittlichen Grundwerten» einen eindeutigen Sinn zu geben.

Was ist Freiheit? Sie kann ebenso gut Ungebundenheit wie verantwortliche Selbstbestimmung nach absoluten Normen, ebenso Willkür wie Naturrecht bedeuten. Was besagt Gerechtigkeit? Sie kann ebenso gut Gleichheit und Gleichschaltung wie Achtung besonderer Rechte und Vorrechte besagen. Was bedeutet Solidarität? Sie kann ebenso gut Gemeinschaft wie Kollektivismus herbeiführen. Alle diese Begriffe haben einen festen und umrissenen Sinn erst in einem Gesamtsystem, das ein bestimmtes Bild von Mensch, Gesellschaft und letztem Sinn des Daseins in sich begreift. Darum haftet den «Grundwerten» des Programms jene Unbestimmt-

heit an, die notwendig immer wieder Mißtrauen erzeugt und zu angespannter Wachsamkeit zwingt.

Man darf eine politische Partei gewiß nicht an Grundsatz-erklärungen überfordern. Wir können auch schlecht von der SPD eine weltanschauliche Klarheit und Eindeutigkeit verlangen, die wir weder von irgendeiner der französischen, italienischen oder amerikanischen Parteien erhalten, die trotzdem für den Christen – wenigstens in weitem Umfang – zugänglich sind, selbst wenn sie gewissen grundsätzlichen Forderungen des Katholiken und der Kirche nicht völlig Genüge tun. Es ist beim SPD-Programm auch anzuerkennen, daß es sich ehrlich bemüht, vom Materialismus, von der proletarischen Diktatur, vom absoluten Glauben an die Macht der sozialistischen Organisation, überhaupt von jedem Sektierertum abzurücken. Es wird im Gegenteil im folgenden Abschnitt, unter dem erschreckenden Eindruck der Erlebnisse der Hitler- und Stalinzeit, ausdrücklich erklärt: *«Freiheit und Gerechtigkeit lassen sich durch Institutionen allein nicht sichern. Alle Lebensbereiche werden zunehmend technisiert und organisiert. Dadurch entstehen immer neue Abhängigkeiten, die die Freiheit bedrohen. Nur ein vielfältiges wirtschaftliches, soziales und kulturelles Leben regt die schöpferischen Kräfte des Einzelnen an, ohne die alles geistige Leben erstarrt.»*

Eine Reihe weiterer eindrucksvoller Sätze lassen sich anführen:

«Das Leben des Menschen, seine Würde und sein Gewissen sind dem Staate vorgegeben. Jeder Bürger hat die Überzeugung seiner Mitmenschen zu achten. Der Staat ist verpflichtet, die Freiheit des Glaubens und des Gewissens zu sichern. Der Staat soll Vorbedingungen dafür schaffen, daß der Einzelne in freier Selbstverantwortung und gesellschaftlicher Verpflichtung sich entfalten kann. – Als Sozialstaat hat er für seine Bürger Daseinsvorsorge zu treffen, um jedem die eigenverantwortliche Selbstbestimmung zu ermöglichen und die Entwicklung einer freiheitlichen Gesellschaft zu fördern.»

Durch Verschmelzung des demokratischen mit dem sozialen und dem Rechtsgedanken soll der Staat zum Kulturstaat werden, der seine Inhalte von den gesellschaftlichen Kräften empfängt und dem schöpferischen Geist des Menschen dient.»

Im Abschnitt über die Wirtschaft heißt es sogar:

«Freie Konsumwahl und freie Arbeitsplatzwahl sind entscheidende Grundlagen, freier Wettbewerb und freie Unternehmerinitiative sind wichtige Elemente sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ... Wettbewerb soweit wie möglich – Planung soweit wie nötig!»

Solche Erkenntnisse sind ohne Zweifel ein gewaltiger Fortschritt und führen nahe an das Prinzip der Freiheit der Persönlichkeit und der Vielfalt der vorstaatlichen Gruppen, ja an das Subsidiaritätsprinzip heran. Trotzdem wird man es uns nicht verdenken können, wenn diese Versicherungen nicht voll zu überzeugen und zu beruhigen vermögen, solange im Programm, zumal im Kulturprogramm, noch Forderungen stehen, die ihnen eindeutig widersprechen.

2. Grundforderungen

Aus den Grundwerten werden dann «Grundforderungen für eine menschenwürdige Gesellschaft» abgeleitet. Zu diesen gehören nach dem Programm: Verbindlichkeit einer allgemeinen internationalen Rechtsordnung, die über eine ausreichende Exekutive verfügt (!); gleiche Chance für alle Völker bei Teilnahme am Wohlstand der Welt; Anspruch der Entwicklungsländer auf die Solidarität der andern Völker. Insbesondere aber Demokratie. Was wird unter Demokratie verstanden? *«Sie muß die allgemeine Staats- und Lebensordnung werden, weil sie allein Ausdruck der Achtung vor der Würde des Menschen und seiner Eigenverantwortung ist.»*

Was hier unter Demokratie verstanden wird, wird folgendermaßen erläutert:

«Wir widerstehen jeder Diktatur, jeder Art totalitärer und autoritärer Herrschaft; denn diese mißachten die Würde des Menschen, vernichten seine Freiheit und zerstören das Recht. Sozialismus wird nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie durch den Sozialismus erfüllt.»

«Im demokratischen Staat muß sich jede Macht öffentlicher Kontrolle fügen ...»

«In der vom Gewinn- und Machtstreben bestimmten Wirtschaft und Gesellschaft sind Demokratie, soziale Sicherheit und freie Persönlichkeit gefährdet. Der demokratische Sozialismus erstrebt darum eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung.»

«Alle Vorrechte im Zugang zu Bildungseinrichtungen müssen beseitigt werden. Nur Begabung und Leistung sollen jedem den Aufstieg ermöglichen.»

Im Abschnitt über die Wirtschafts- und Sozialordnung wird der demokratische Gedanke auch auf die Wirtschaft ausgedehnt, durch Mitbestimmung, Gemeinwirtschaft, breite Streuung des Eigentums (1) und der Einkommen.

Mögen manche Formulierungen an Demokratismus grenzen oder an den Überschwang amerikanischer Erklärungen erinnern, sehr bemerkenswert ist doch das positive Bekenntnis zur Demokratie gegen Diktatur und Gewaltherrschaft, und zwar um der Freiheit willen. Demokratie ist nicht mehr bloß, wie im letzten Jahrhundert, das Mittel zur Erlangung der Mehrheit im Staat, um dann zur Diktatur des Proletariates und zur Expropriation der Expropriateure überzuleiten, sondern sie ist positives Staats- und Gesellschaftsideal.

In diesem Sinne sind auch die Warnungen vor den Gefahren und dem Mißbrauch der Macht, der politischen, kulturellen, wirtschaftlichen Macht, zu verstehen. Es geht nicht bloß um die Schwächung des Gegners, bis man selbst die Macht in Händen hat, sondern es wird zum Beispiel Seite 15 erklärt: *«Jede Zusammenballung wirtschaftlicher Macht, auch die in Staatsband, birgt Gefahren in sich.»* Auch vor der Gefahr des Machtmißbrauchs durch große Verbände wird eindrücklich gewarnt (S. 11). Ob im Programm, wie vor allem in der Praxis, schon die notwendigen Folgerungen aus dieser Erkenntnis gezogen worden sind, ist freilich eine andere Frage.

Andererseits wird, trotz dem klaren und ausdrücklichen Bekenntnis zum Staat, zum Bonner Grundgesetz und zur bewaffneten Landesverteidigung, die positive Aufgabe und Funktion echter, im Dienste des Gemeinwohls und der Verwirklichung und Verteidigung echter Werte stehender Macht immer noch zu wenig gesehen.

Mit großer Deutlichkeit wird das Problem der Macht, der Vermachtung in der heutigen Gesellschaft erkannt, sowohl im Staat wie in der Wirtschaft. Vom Ursprung her besteht ein tiefes Mißtrauen gegenüber jeglicher Macht. Wie soll sie in Schranken gehalten werden? Durch öffentliche Kontrolle in Staat, Wirtschaft und sogar im kulturellen Leben. Dem wird man weitgehend, aber nicht völlig zustimmen können. Zunächst wird kein Wort über die Notwendigkeit und sittliche Begründung echter Machtausübung gesagt. Das Wort Autorität kommt im ganzen Programm nicht vor, außer dort, wo von der Ablehnung autoritärer Macht die Rede ist. Wenn man keine absoluten Werte und keine Verantwortung vor dem Herrn des Lebens und der Welt kennt, dann muß man versuchen, die Macht ausschließlich durch *«öffentliche Kontrolle»* zu bändigen. Wer aber garantiert dafür, daß *«öffentliche Kontrolle»* nicht selbst in eine Vergewaltigung der andern durch unsinnige Mehrheitsbeschlüsse eintritt? Wenn kein Glaube an absolute Werte vorhanden ist, bleibt die Bändigung der Macht ein Circulus vitiosus.

Die Folgen einer falschen, individualistischen, keinen absoluten und naturgegebenen Ordnungen verpflichteten Gesellschaftslehre sind immer noch nicht überwunden. Wir dürfen hier auf die Ausführungen unseres letzten Artikels (Orientierung S. 140) verweisen.

Fragen der Wirtschafts- und Sozialordnung. Es ist nicht notwendig, auf alle Einzelheiten weiter einzugehen. Grundgesinnung und Grundrichtung des Programms sind genügend deutlich geworden. Sie wurden etwas ausführlicher dargelegt, weil sie zeigen, wo die deutsche Sozialdemokratie heute geistig steht; und weil in diesen Abschnitten einige bemerkenswerte Formulierungen stehen, die auch für andere Kreise erwägenswert sind.

Dieselben Grundlinien und Unebenheiten gehen auch durch das Wirtschafts- und Sozialprogramm: im ganzen freiheitlich (einzelne Formulierungen

wurden bereits zitiert), auf Demokratisierung bedacht, zum Teil recht konservativ, mit gelegentlichen Rückfällen in frühere Parolen.

Einige wenige weitere Texte mögen genügen:

«Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist stetig wachsender Wohlstand und eine gerechte Beteiligung aller am Ertrag der Volkswirtschaft, ein Leben in Freiheit ohne unwürdige Abhängigkeit und ohne Ausbeutung ...

Die Wirtschaftspolitik muß (1) auf der Grundlage einer stabilen Währung (2) die Vollbeschäftigung sichern, (3) die volkswirtschaftliche Produktivität steigern und (4) den allgemeinen Wohlstand erhöhen ...

Mit ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Großwirtschaft einen Einfluß auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Sie usurpieren Staatsgewalt. Wirtschaftliche Macht wird zu politischer Macht» (vgl. Quadragesimo anno No. 110 und besonders 114).

«Diese Entwicklung ist eine Herausforderung an alle, für die Freiheit und Menschenwürde, Gerechtigkeit und soziale Sicherheit die Grundlagen der menschlichen Gesellschaft sind. Die Beendigung der Macht der Großwirtschaft ist darum zentrale Aufgabe einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik.»

Im Abschnitt *«Soziale Verantwortung»* heißt es unter anderem:

«Sozialpolitik hat wesentliche Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sich der Einzelne in der Gesellschaft frei entfalten und sein Leben in eigener Verantwortung gestalten kann ... Das System sozialer Sicherung muß der Würde selbstverantwortlicher Menschen entsprechen.»

Wohl zum ersten Mal in einem sozialistischen Programm findet auch die Familie ihren Platz: *«Staat und Gesellschaft haben die Familie zu schützen, zu fördern und zu stärken. In der materiellen Sicherung der Familie liegt die Anerkennung ihrer ideellen Werte. Ein Familien-Lastenausgleich im Steuersystem, Mutterschaftshilfe und Kindergeld sollen die Familie wirksam schützen.»*

Kulturpolitik: Im Abschnitt *«Das kulturelle Leben»* wird als Grundsatz aufgestellt: *«Die schöpferischen Kräfte des Menschen müssen sich in einem reichgegliederten und vielfältigen Leben frei entfalten können. Die Kulturpolitik des Staates soll alle kulturwilligen Kräfte ermutigen und fördern. Der Staat muß alle Bürger vor den Macht- und Interessengruppen schützen, die das geistige und kulturelle Leben eigenen Zwecken dienstbar machen wollen.»*

Unter dem letzten Satz kann man alle möglichen Maßnahmen gegen Wirtschaftsgruppen, Presse, Konzerne (Verstaatlichung?), auch gegen Kirchen und Verbände verstehen, mit dem ersten dagegen jegliche, auch extremste und hemmungsloseste Presse-, Rede-, Film- und Theaterfreiheit rechtfertigen. Es ist zu fürchten, daß bei der Scheu vor objektiven Normen und sittlichen Forderungen beides ungestört nebeneinander hergehen kann, wie die Kulturpolitik mancher Länder zur Genüge beweist.

Wie steht nun der heutige demokratische Sozialismus zu *«Religion und Kirche»* (Überschrift des ersten Unterabschnittes)?

An erster Stelle steht der Satz über die Toleranz: *«Nur eine gegenseitige Toleranz, die im Andersglaubenden und Andersdenkenden den Mitmenschen gleicher Würde achtet, bietet eine tragfähige Grundlage für das menschlich und politisch fruchtbare Zusammenleben.»* Daß dieser Satz, nicht aber eine Wertung und Würdigung von Religion und Weltanschauung an der Spitze steht, ist bezeichnend und bemerkenswert.

Auf die äußerste Zurückhaltung in Weltanschauungsfragen wurde schon bei der Besprechung des grundlegenden Teiles hingewiesen. Hier wird nun eindeutig ausgesprochen: *«Der Sozialismus ist kein Religionsersatz»* (in der ersten Fassung des Programms hieß es: *«keine Ersatzreligion»*); die heutige Formulierung ist glücklicher, positiver).

«Die Sozialdemokratische Partei achtet die Kirchen und Religionsgemeinschaften, ihren besonderen Auftrag und ihre Eigenständigkeit. Sie bejaht ihren öffentlich-rechtlichen Schutz.»

Zur Zusammenarbeit mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften im Sinne einer freien Partnerschaft ist sie stets bereit. Sie begrüßt es, daß Menschen aus ihrer religiösen Bindung heraus eine Verpflichtung zum sozialen Handeln und zur Verantwortung in der Gesellschaft bejahen.»

Man wird nicht leugnen können, daß die Formulierungen vom Parteistandpunkt aus geschickt gewählt wurden und einigermaßen annehmbar sind, wenn auch nicht zu übersehen ist, daß vom eigentlichen Wesen und Wert der Religion, von Gottesglaube und Gottesverehrung, Gottesdienst und Gottbezogenheit von Mensch und Gesellschaft mit keinem Wort die Rede ist.

Im Abschnitt über die Schule heißt es sodann: *«Erziehung und Bildung sollen allen Menschen die Möglichkeit geben, ihre Anlagen und Fähigkeiten unbehindert zu entfalten. Sie sollen die Widerstandskraft gegen die konformistischen Tendenzen unserer Zeit stärken ... Die Jugend ist in den Schulen und Hochschulen gemeinsam im Geiste gegenseitiger Achtung zur Freiheit, zur Selbständigkeit, zum sozialen Verantwortungsbewußtsein und für die Ideale der Demokratie und der Völkerverständigung zu erziehen, um in unserer, an weltanschaulichen Überzeugungen und Wertordnungen vielgestaltigen Gesellschaft eine Gesinnung und Haltung des Verstehens, der Toleranz und Hilfsbereitschaft zu erreichen.»*

Das tönt ganz schön, leidet aber an der alten Unzulänglichkeit.

Daß die Jugend nicht bloß zu Wissen und Einstellungen, sondern zu tief fundierten Überzeugungen, sittlich und weltanschaulich festen Maßstäben, zu einer Deutung von Dasein und Leben kommen muß, daß es in einer «an weltanschaulichen Überzeugungen und Wertordnungen vielgestaltigen Gesellschaft» auch vielgestaltige Ausbildungsmöglichkeiten geben muß, sofern man in Erziehung und Bildung nicht bloß an der Oberfläche bleiben will, das alles ist in diesem Programm nicht zu lesen, wird in diesem Programm nicht anerkannt. Wenn schon Sozialismus «kein Religionserersatz sein und keine letzten Werte verkünden», sondern «Achtung vor den Glaubensentscheidungen des Menschen» üben will, dann muß man auch in der Organisation des Schul- und Bildungswesens die Konsequenz daraus ziehen und darf nicht beim alten, deistisch-neutralistischen Liberalismus stehen bleiben, von dem so viele Liberale schon wieder abgerückt sind.

*

Zusammenfassend wird man sagen können:

1. Die SPD gibt sich im neuen Parteiprogramm alle Mühe, alles auszumerzen oder wegzulassen, was eine breitere Schicht von Wählern über die proletarische Arbeiterschaft hinaus abhalten könnte, zur SPD zu stoßen.

2. Es hat aber auch eine echte innere Entwicklung stattgefunden, der zwar noch bei weitem nicht alle Funktionäre gefolgt sind, die aber doch manche gemäßigte und sogar gläubige Menschen mit in die Führung gebracht hat.

3. Positiv zu werten sind der Verzicht auf Materialismus und Marxismus (beide Worte kommen übrigens kein einziges Mal vor), das positive Bekenntnis zur Würde der Persönlichkeit, zu Freiheit, Demokratie, Staat, Landesverteidigung, freiheitlicher Wirtschaftsordnung ohne grundsätzliche Sozialisierung, zur Achtung vor echten Glaubensüberzeugungen, zur Anerkennung der Kirchen mit ihrem besonderen Auftrag, ihrer Eigenständigkeit und ihrem Anspruch auf öffentlich-rechtlichen Schutz.

4. Problematisch, beziehungsweise abzulehnen sind das noch immer mangelhafte Verständnis für das Wesen des Menschen, der Gesellschaft, der Freiheit, der Autorität und des Staates; das ebenso mangelhafte Verständnis für Wesen und Wert der Religion, und daraus resultierend die unbefriedigenden Abschnitte über das kulturelle Leben.

5. Kann nun ein bewußter Katholik ruhig SPD wählen? Die Frage ist unseres Wissens bisher noch von keinem deutschen Bischof, sei es mit ja, sei es mit nein auf Grund des neuen Parteiprogramms beantwortet worden. Sie

ist auch nicht ohne weiteres mit einem klaren Ja oder Nein zu beantworten. Das Programm ist noch nicht die Partei und die Partei identifiziert sich auch nicht ohne weiteres mit dem Programm. Es sprechen noch viele andere Fragen außenpolitischer, innenpolitischer, kultureller, persönlicher Art mit.

6. Für die CDU ist infolgedessen der Kampf gegen die SPD um die Wählerschaft nicht leichter, sondern schwieriger geworden. Das Programm bietet nicht mehr so gute Angriffsflächen wie frühere Programme.

In der Außenpolitik mußte zwar gerade in letzter Zeit die SPD eingestehen, daß ihre Parolen durch die Tatsachen fast alle widerlegt worden sind und im Gegenteil Adenauers CDU in der Beurteilung der wahren Lage recht behalten hat.

In der Innenpolitik aber muß die CDU noch beträchtliche Anstrengungen machen und endlich einige längst fällige Taten setzen, wenn sie das alte Vertrauen der Mehrheit der Wählerschaft behalten oder zurückgewinnen will. Vor allem muß sie in der Familienpolitik und in der Eigentumspolitik von den vielen Parolen und kümmerlichen Anfängen zu großzügigeren Taten übergehen.

7. Neben den theoretischen stellen sich bei einem Partei- und Wahlprogramm noch eine Reihe von parteipolitischen, staatspolitischen, kirchen- und seelsorgspolitischen Fragen, denen der zum Handeln Berufene nicht ausweichen kann. Welche Kräfte stehen hinter dem Programm, welche hinter den gemäßigten und fortschrittlichen, welche hinter den radikalen und (sozialistisch) traditionellen Teilen? Wie kann man den Prozeß der Entideologisierung und Entradikalisierung (be-)fördern – dadurch, daß man den gemäßigten Elementen Chancen zu Erfolgen gibt oder dadurch, daß man die Partei noch weiter in der Opposition schmoren läßt, bis sie sich noch mehr geläutert hat? Kann man eine Partei, die so große Volksteile vertritt, länger in der Opposition warten lassen, ohne eine neue Radikalisierung heraufzubeschwören, oder soll man sie an der Verantwortung unmittelbar beteiligen, um sie mit der rauhen Wirklichkeit der Staatsordnung und Staatsführung in näheren Kontakt zu bringen und sie dadurch von ihren oppositionellen Deklamationen und übersteigerten, sachlich nicht zu verantwortenden Forderungen zu heilen?

Soll die Kirche aus seelsorglichen Gründen die Partei, die noch mancherlei Schlacken (und besonders Funktionäre) aus marxistischer Zeit mit sich schleppt, verurteilen und ihre Gläubigen energisch davor zurückhalten – oder soll sie diese gewähren lassen in der Hoffnung, sie würden den Läuterungsprozeß beschleunigen? Soll man die marxistischen Vertreter und Traditionen oder eher die vorwärtsstoßenden Elemente für stärker halten? Kann man angesichts der unmittelbar vor den Türen stehenden kommunistischen Drohungen das Wagnis einer Regierungsbeteiligung auf sich nehmen, ohne Kopf und Freiheit aufs Spiel zu setzen, oder sollte man im Gegenteil versuchen, eine so große Partei ebenfalls an der Verantwortung zu beteiligen, um umso stärker zu sein? Gilt in der konkreten Situation der Satz: «Der Starke ist am mächtigsten allein», oder jener andere: «Zusammen geht es besser»?

Der reine Theoretiker kann diesen Fragen wohl ausweichen, der verantwortliche Politiker aber muß sie beantworten und danach handeln. Und zwar in einer Situation, wo es um Sein oder Nichtsein geht. Die Schweiz hat sich entschlossen, und zwar unter Führung der Konservativ-christlichsozialen Volkspartei, die Sozialisten intensiv an der Regierung zu beteiligen, in der Überzeugung, daß in der Sozialistischen Partei die große Mehrzahl der Anhänger voll und ganz zur Landesverteidigung und zur friedlichen Entwicklung unserer Staats- und Gesellschaftsform steht. In Deutschland ist die Situation viel komplizierter und schwieriger. Das Land ist gespalten zwischen Ost und West, der Russe steht vor der Tür, die Außenpolitik hat das ungeheure Übergewicht und die demokratische Tradition des Landes hat sich noch keineswegs gefestigt. Man

kann einen Motor, der unter Strom steht, und eine Pistole, die geladen ist, nicht in derselben unbefangenen Weise untersuchen, wie etwa im Museum oder im Lehrsaal. Das müssen

sich auch jene Intellektuellen sagen, die so unbeschwert auf ein neues gewandeltes Programm hinweisen und, alles Vergangene vergessend, nach Frieden und Verbrüderung rufen.

Dr. J. David

Zum Problem der katholischen Presse in der Schweiz

Lieber Herr Dr. Wili,

Zu Ihren Betrachtungen über die Lage der katholischen Presse in der Schweiz dankt Ihnen männiglich. Sie gehören nicht zu jenen dreimal Vorsichtigen, die wähnen, es würde ihr eigenes Porzellan in die Brüche gehen, so sie die Sprache finden würden, der es um die Sache geht. Auch sind Sie nicht einer jener Satten und Selbstzufriedenen, die in der Einfalt ihres Geistes wahrhaftig glauben, die Katholiken hätten es in diesem Land ohne Abstriche herrlich weit gebracht. Also ließen Sie sich nicht von der Illusion bestimmen, ein Bericht über die Lage werde in naher Zukunft die von Ihnen erhofften Korrekturen zeitigen. Oder teilen Sie nicht die Auffassung, es fehle jenes Klima, das allein für bessere Einsicht zeugen müßte? Ich werde nämlich das bedrückende Gefühl nicht los, heute sei das Klima nicht anders als jenes Klima war, in dem vor vierzig Jahren Ludwig Schneller die Gewissen aufzurütteln versuchte. Ludwig Schneller, angesehener Anwalt, hervorragender Debatter, kultivierter Publizist und Politiker von seltenem Format, wollte es nicht gelten lassen, daß die katholische Schweiz über keine Presse verfügen sollte, die der «ändern» Presse in allen Sparten ebenbürtig gewesen wäre. Er wies hin auf Bezirke, in denen damals schon Großes geschah. Er nannte die Schulen aller Stufen, darunter die Kollegien und die Lehrer- und Lehrerinnen-seminarien. Er vergaß nicht die Missionen, von Schweizern betreut und von ihrer katholischen Heimat immer wieder mit finanziellen Opfern bedacht. Und dann die zahlreichen karitativen Organisationen! Beispiele nur, die aber Ludwig Schneller den überzeugenden Beweis leisteten, daß die katholische Schweiz in der Lage sei, imponierende Werke zu schaffen. Warum nur mußte sie vor dem Problem der Presse versagen, obwohl die Päpste ein übers andere Mal die Lösung dieses Problems als vordringlich bezeichneten?

Wirklich, gab und gibt es ein Problem der katholischen Presse für die katholische Schweiz? Oder darf vielleicht gefragt werden, ob eine katholische Presse überhaupt noch zeitgemäß oder gar zeitnotwendig sei?

Zugegeben, daß in derartigen Fragen etwelche Verwegenheit steckt, in der zweiten mehr als in der ersten. Aber gerade die zweite Frage verlangt eine Antwort, weil mit ihr die Lösung des Problems – so es überhaupt eines gibt – steht und fällt.

Mit Ihnen, lieber Herr Dr. Wili, sei vorausgesetzt, daß es allein um die Meinungspressen geht. Diese ist hierzulande beinahe ausnahmslos parteiverpflichtete oder jedenfalls parteiorientierte Presse, die sich im Dienst einer politischen Partei weiß oder ohne formelle Bindung sich einer politischen Partei zur Verfügung stellt. Im Gegensatz zur Meinungspressen versteht der Sprachgebrauch unter «neutraler Presse» hierzulande die nichtparteigebundene bzw. nichtparteiorientierte Presse. Daß sie «keine Meinung» hätte, wäre natürlich eine falsche Annahme. Eine meinungsfreie Presse gibt es nicht, wohl aber eine von der Meinung einer politischen Partei freie Presse. Schließlich ist das große Kontingent jener Organe nicht zu übersehen, die der Amerikaner unter die «non opinion press» einreicht, die wissenschaftlichen Periodica, die Familienblätter, die Vereinszeitschriften, ja selbst die religiösen Zeitungen und Zeitschriften. Sie widmen sich nicht oder jedenfalls nicht vornehmlich den öffentlichen Dingen.

Ist also die katholische Meinungspressen zeitgemäß oder zeitnotwendig?

«Wie kann man nur fragen!», protestiert es vernehmlich. Nun, das MRP ist in Frankreich groß geworden und hat während Jahren eine führende Rolle gespielt, ohne daß es über eine mächtige oder mit zahlreichen kleinen Blättern dotierte Meinungspressen verfügen konnte. In der Bundesrepublik Deutschland ist die CDU zwar nicht das Zentrum des ersten und zweiten Reiches, wohl aber eine politische Partei, die mehrheitlich aus Katholiken und minderheitlich aus Protestanten besteht. Praktisch regiert sie in der Bundesrepublik seit Jahr und Tag, ohne daß sie eine irgendwie ins Gewicht fallende Parteipresse hätte. «Also!», lautet der Schluß mit dem Blick auf die Schweiz, ohne daß überlegt würde, welche Folgerungen aus den Verhältnissen etwa in Belgien oder Holland zu ziehen wären.

Denn in diesen Ländern gibt es eine respektable und auf hohem Niveau stehende katholische Meinungspressen mit parteipolitischem Akzent. Für die parteigebundene und für die parteifreie katholische Presse ließen sich weitere ausländische Beispiele anführen, ohne daß sich für schweizerische Verhältnisse das allein probate Rezept ergeben würde. Man wird die besonderen Voraussetzungen einer katholischen Presse hierzulande ins Auge zu fassen haben und dabei nicht übersehen dürfen, daß Sie, lieber Herr Dr. Wili, schreiben, das Unverständnis für die Probleme der Presse äußere sich bei einem Teil der politischen Mandatäre der Katholiken. Auch müsse festgestellt werden, die politische Abstempelung der katholischen Presse sei nicht nur kein Plus, sondern mehr und mehr ein Bleigewicht und hindere ihre freie Entfaltung.

Nun also die besonderen Voraussetzungen, welche die katholische Presse vorfindet! Da wäre die Auseinandersetzung des Bürgers mit den öffentlichen Dingen, die in der Schweiz immer noch und trotz zunehmender Abstinenz an den Urnen ein Element ist, das stärker ins Gewicht fällt als in andern Ländern. Ein Teil dieser Auseinandersetzung spielt sich in der Presse ab, was kaum zu ändern sein dürfte. Ja, die Information des Bürgers, der mitberät, mitregiert, mitverwaltet und selbst mitentscheidet, erfolgt in wesentlichem Maß durch die Presse. Man denke nur allein an die sich in immer kürzeren Abständen folgenden bundesrätlichen Botschaften häufig buchmäßigen Umfangs, Man vergesse nicht die Diskussion und die Streitgespräche über politische, wirtschaftliche und sozialpolitische Gegenstände. Oder wie soll sich der Mann eine Meinung über die europäische Integration bilden, wenn nicht durch die Lehren, die er aus Beiträgen in der Presse zieht? Auf der Ebene von Kanton und Gemeinde liegen die Dinge nicht anders. Die schweizerische Demokratie bedarf nun einmal des Typus der politisch aufgeschlossenen Presse; denn ohne diese Tribüne gäbe es ein Vakuum, für dessen Beseitigung kein anderes, ebenso gewichtiges Instrument der politischen Meinungsbildung vorhanden wäre.

Indessen darf man sich fragen, ob die katholische Meinungspressen nicht allzu sehr – Meinungspressen sei. Die ganze katholische Meinungspressen mit Ausnahmen, die wahrhaftig selten sind. Und schon meldet sich der Widerspruch: «Warum denn nicht? Weshalb soll es anders sein?»

Theodor Heuß war in den zwanziger Jahren der Weimarer Republik Mitglied des Reichstags. Damals hat der spätere Präsident der heutigen Bundesrepublik einmal im Plenum erklärt: «Politik macht keine Kultur, vielleicht aber ist Kultur imstande, Politik zu machen». Zur selben Zeit muß es gesche-

hen sein, daß unter den Berner Lauben ein repräsentatives Mitglied des Nationalrats einen jungen Mann apostrophierte: «He da, Sie kleiner Fant, Politik ist Kultur!» Sprach's und schritt Blitze schleudernd von dannen. Der kleine Fant, muß man wissen, hatte geschrieben, Politik könnte mit Kultur zu tun haben, ohne daß Politik auch schon Kultur wäre. Ich weiß nicht, was Sie von diesem Frevel halten.

Doch, verstehe ich Ihre Klage über die Belastung der katholischen Zeitung durch die (Partei-)Politik richtig, dann geht es Ihnen wohl um die Bestimmung des Maßes dieser (Partei-)Politik in der katholischen Zeitung, wobei hier und dort die Toleranzgrenzen verschieden sein mögen. Je vielschichtiger die Verhältnisse sind, was vor allem für die Städte und Großstädte gilt, desto weniger ist für eine katholische Zeitung der Vorrang der Parteipolitik und die Beurteilung der Menschen und Dinge durch die «Parteibrille» tragbar. Eine Erfahrungstatsache, für die man den Beweis nicht im engen Parteikader suche, sondern bei dem großen Kontingent, das auch mit der Partei stimmt, in ihr aber nicht das A und O einer katholischen Zeitung sieht. Und dann ist da das viel größere Kontingent jener, die keine Parteizeitung wünschen! Gewiß gehören ihm «Randkatholiken» an, aber auch Glaubensgenossen, über deren Ja zur Kirche in Wort und Tat kein Zweifel möglich ist. Sie finden sich vor allem in akademischen Kreisen, über die man verachtend die Achsel zucken mag, weil sie nicht «mit-tun». Bei nicht wenigen trifft es gewiß zu. Andere aber «tun mit» und beschränken ihre Abstinenz auf die politische Partei. Aus verschiedenen Gründen. Häufig geschieht es, weil sie nicht zu begreifen vermögen, daß die Wirklichkeit der politischen Partei «so» sein soll. Vielleicht sind sie Idealisten, vielleicht Träumer, vielleicht Neider, vielleicht persönliche Gegner des X, vielleicht A-Politische. Vielleicht haben sie dieses, vielleicht jenes Motiv und vielleicht überhaupt keines. Vielleicht auch sind sie grundsätzliche und von der Richtigkeit ihres Tuns überzeugte Menschen. Sie setzen ihre katholische Pflicht anderswo ein als in der politischen Partei. Dieses größte Kontingent ist es, das an der katholischen Meinungspressen vorbeisieht. Weil es existiert, kann die Belastung, von der Sie, lieber Herr Dr. Wili, schreiben, für ein katholisches Meinungsblatt überaus fühlbar werden. Sie verhindert seine Entwicklung und seine Leistungsfähigkeit. Sie beschränkt seine Werbekraft. Das Maß der Parteipolitik ist eben übersetzt. Darunter leidet die Mission der katholischen Zeitung. Und so meldet sich erneut die Frage, ob die katholische Meinungspressen in ihrem heutigen Charakter noch zeitgemäß und zeitnotwendig sei. Nun, sie ist es sicher dort, wo die Katholiken auch die Parteimitglieder sind, was auf die meisten geschlossen katholischen Landgemeinden zutrifft. Wo diese Voraussetzungen fehlen, dürfte in der katholischen Meinungspressen wohl eine Akzentverschiebung nicht unvermeidlich sein, sofern der Wunsch nach Neuland lebendig ist.

Gewiß wäre damit das Problem der katholischen Meinungspressen, von Ihnen so eindrücklich und so umfassend dargelegt, keineswegs schon gelöst. Es gibt Faktoren, die es nicht weniger zu bedenken gilt als das Parteipolitische. Greifen wir den Journalisten heraus, weil er es ist, der vom Publikum als der «Schuldige» angeklagt zu werden pflegt. Für alles soll er verantwortlich sein, für den Inhalt der Zeitung schlechthin, für die Artikel aus seiner und aus fremder Feder, für die von der Depeschagentur übermittelte Nachricht, für den Roman, für die Einsendung X, für die Aufmachung der Zeitung, für die Druckfehler und sogar für die Inserate. Je kleiner die Verhältnisse, desto häufiger wird er zum Prügelknaben. Und wehe, wenn er den Geisteserguß eines politischen Potentaten und Parteigewaltigen nicht aufnimmt oder Korrekturen an seiner Orthographie und an seinem Stil sich erlaubt oder untertänigst bittet, doch auf den Abonnenten in der Person seines Gegners Rücksicht nehmen zu wollen! Und wenn erst die Vereinsberichte auf das notwendige Maß reduziert werden, damit ein

Weltereignis von schicksalshafter Bedeutung Platz hat! Dann stürmen die Wogen der Verwünschungen und der Drohungen gegen den armen Kerl von Redaktor, also, daß sich der Mann fragt, ob sein Beruf mit Katholizismus überhaupt noch eine bescheidene Koexistenz führe. Er sollte doch einen «katholischen Stil» haben und etwas in «katholischer Kultur» tun dürfen. Vorsichtig, versteht sich, und nicht gar zu herausfordernd. Dazu bedarf es der Lektüre. Doch der Herr Verwaltungsrat ist auf dem Kontrollgang und legt sein Veto ein: «Arbeite, Herr Dokter, arbeite! Nöd läse!»

Sie aber, lieber Herr Dr. Wili, rufen nach dem akademischen Journalisten. Ich schätze den journalistischen Lehrgang an der Universität Freiburg und ihren gegenwärtigen Dozenten für Journalistik. Ist jedoch der akademische Journalist überall gefragt, wo es ein katholisches Meinungsorgan zu redigieren gälte? Nicht wahr, wir kennen, Sie und ich, die Verhältnisse in bezug auf die katholische Presse! Und wir wissen, daß der Köhner im Journalisten nicht aus dem Dr. iur. und nicht aus dem Dr. phil. allein gemacht wird. Indessen ist es irgendwie sinnlos, mit einem teuren Studium derartige Titel zu erwerben, wenn ihr Träger sein Leben lang vorfabrizierte Meldungen zusammenkleistern, gefällige Parteiberichte über selbstredend immer staatsmännische Voten und Vereinsreportagen über nicht anders denn höchste Leistungen auf Bühne und Podium schreiben und vielleicht – so ihm die Zeit reicht – einen dem Geschmack des Herrn Jedermann konvenierenden Artikel publizieren darf. Und dazu als Schreiber und Aktuar in mancherlei religiösen, politischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gremien wie auch als Referent an Sonntagnachmittagen viermal des Monats sich betätigen soll! Ach, die Wirklichkeit des katholischen Redaktors kann mitunter weder gesundheitsfördernd noch familienfreundlich sein und eine Fratze dessen werden, was sich der akademische Journalist zu Füßen des Katheders – eingebildet hat.

Doch Sie schlagen, lieber Herr Dr. Wili, das Regionalblatt vor, an dem der akademische Journalist in seinem Können und seinem Wissen, in seinem Glauben und seinem Willen nicht gestraft würde. In der Tat, es wäre möglich, daß solches Hoffen – bestehende «Regionalblätter» vornehmlich als kantonale Organe bestätigen es – in Erfüllung gehen könnte. Cum grano salis NB, weil Dornen und Disteln selbstverständlich auch zum journalistischen Beruf gehören, und weil es ausgeschlossen ist, daß der Mann an einem Regionalblatt schweizerischer Ausgabe nur seiner Neigung und seiner «Spezialität» (Literatur, Kunst, Musik, Außenpolitik, Wirtschaft usw.) leben darf. Bloß große und überregionale Zeitungen kennen diese Möglichkeit, begründen damit ihr gesamtschweizerisches und auch internationales Ansehen und nehmen auf die Entwicklung vermöge von Sachwissen und Sachkönnen Einfluß. Dem akademischen Journalisten am «Regionalblatt» – überhaupt dem Journalisten! – sollte erlaubt sein, mit der lebendigen Wirklichkeit außerhalb seiner Region Kontakt zu haben. In der Schweiz und jenseits der schweizerischen Grenzpfähle. Gut geplante Reisen lohnen sich, weil sie den Horizont erweitern und das Wissen mehren. Gespräche mit führenden Männern der Kirche, der Politik, der Wirtschaft und der Wissenschaft bringen geistige Bereicherung. Besuche von Konzerten und Theatern sind kein Luxus, Lektüre zeitgenössischer Literatur schon gar nicht. Es ist nun einmal nicht möglich, ständig von der Substanz zu zehren, ohne sie zu äufnen. Allerdings bedingt dies nebst der Weitsicht und Einbildungskraft des Verlegers beim Journalisten jene curiosité intellectuelle, die hungert und nie satt ist. Schließlich bedarf der Journalist des Instrumentariums einer guten Bibliothek, die nicht allein mit besprochenen und nichtbesprochenen Rezensionsexemplaren, sondern auch mit angeschafften Werken alimentiert wird. Daß Zeitschriften von Format nicht fehlen dürfen, ist eine Selbstverständlichkeit des Redaktionsbetriebs! Und dann ein Letztes im Konzept des Mannes vom Regionalblatt (überhaupt der Zeitung)! Er sollte

erwarten können, daß die heute üblichen Sozialleistungen auch für ihn zur Wirklichkeit werden. Es geht nicht mehr an, Arbeit «um Gottes Lohn» zu verlangen. Andernfalls fehlt der «katholischen Zeitung» die Legitimation.

Und noch eine Frage! Warum nur das – Regionalblatt? Befürchten Sie nicht, lieber Herr Dr. Wili, es werde ein Plädoyer für das «gesamtschweizerische» Organ folgen. Indessen möchte ich der sehr weit verbreiteten Hoffnung Ausdruck verleihen, daß wenigstens ein bestehendes katholisches Meinungsblatt aus eigener Kraft jene Leistungsfähigkeit erreiche, die ihm schweizerisches und internationales Gewicht geben würde. Mich dünkt, aus katholischer Sicht müßte dieses Ziel angestrebt werden, schon damit das Ausland – nicht zuletzt das katholische Ausland – seine oft merkwürdigen Vorstellungen vom schweizerischen Katholizismus mit der Zeit korrigieren könnte. Der schweizerischen Blätter von internationaler Bedeutung gibt es wenige, jedenfalls kein katholisches, obwohl es wahrhaftig eine Sendung wäre! Oder ist dieser Gedanke eine Sünde wider den Föderalismus? Nun, die Zeitung, die gemeint ist, bliebe ein Regionalblatt – aber nicht nur ein Regionalblatt. Deshalb fürchte man nicht für den Föderalismus, der im übrigen in seiner kulturellen Erscheinung – und die steht doch wohl nicht im Hintergrund – eine bemerkenswerte Entwicklung verrät. Gewiß steht die Schulhoheit den Kantonen zu. Konsultiert man aber die Lehrbücher, dann ist eine frappante Ähnlichkeit oder gar eine nahe an Identität heranreichende Verwandtschaft zwischen Lehrbüchern dieses und jenes Kantons festzustellen (von Geschichts- und Biologielehrbüchern abgesehen). Und wie sieht das Maturitätsschema aus? Doch wohl eidgenössisch. Und was ist von den medizinischen Berufsarten zu halten, für die auf Grund des «eidgenössischen» Staatsexamens auf dem Gebiet der Eidgenossenschaft Freizügigkeit besteht? Diese ist als Folge des Lehrermangels auch in den Bereich der kantonalen Lehrpatente eingebrochen. Man behält die Lehrstellen nicht mehr den Absolventen des eigenen Lehrerseminars vor, sondern holt sich die Pädagogen, wo sie sich im Schweizerland finden. Eine interessante Lektüre bietet gegenwärtig die westschweizerische Presse, in der eine Diskussion über die Zusam-

menarbeit und selbst teilweise Zusammenlegung westschweizerischer Universitäten im Gange ist, weil Naturwissenschaften und Medizin Mittel benötigen, die ein Kanton bald nicht mehr allein aufzubringen vermag. Für «unsere katholische Landesuniversität» wird jährlich in den katholischen Kirchen der ganzen Schweiz ein Opfer aufgenommen, was gewiß nicht heißen will, der Kanton Freiburg habe seine Universität aufgegeben, was aber die Richtung der von der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Entwicklung erzwungenen Notwendigkeit zeigt. Sie erklärt auch die Schaffung des Schweizerischen Nationalfonds für die Förderung der wissenschaftlichen Forschung, der normalerweise jährlich 4 Millionen Fr. vergibt und nun für die Förderung der kernphysikalischen Forschung über einen Sonderkredit von 50 Millionen Franken verfügt. Er ist gleich wie die Stiftung Pro Helvetia, der die Kulturwahrung im Inland und die Kulturwerbung im Ausland obliegt, eine eidgenössische Institution. Auf dem Gebiet der Kulturförderung kommt der Abteilung für Kultur, Wissenschaft und Kunst des Eidg. Departements des Innern wachsende Bedeutung zu. Auch übersehe man nicht die jährlichen Bundessubventionen an schweizerische Institutionen, Verbände und Gesellschaften wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters. Schließlich ist die gesamte kulturelle Außenpolitik Sache nicht der Kantone, sondern des Bundes. Kurzum, es gibt einen kulturellen Föderalismus. Es gibt aber auch einen großen und immer größer werdenden Bezirk des Bundes, in dem der kulturelle Föderalismus keine Existenz hat. Wäre eine katholische Zeitung fehl am Platz, wenn sie ein Regionalblatt wäre, aber nicht allein ein Regionalblatt?

Und Ihre Vorschläge zur Reform? Verzeihen Sie, lieber Herr Dr. Wili, mir fehlt Ihr Glaube. Die einzige Lösung sehe ich dort, wo der Verleger (Einzelner oder Kollegium) und der Redaktor (Einzelner oder Kollegium) mit perfektem Können und Wissen, aber auch mit letzter Hingabe am Werk sind. Das Team Verleger = Redaktor soll dasselbe wollen. Geschäftliche Tüchtigkeit und geistige Regsamkeit müssen sich verbinden. Denn diesen Glauben habe ich: die Idee der katholischen Zeitung ist in der maximalen Leistung realisierbar. *Carl Doka*

Kommunismus in der Schweiz

Die Partei der Arbeit der Schweiz

Angesichts der sowjetisch-kommunistischen Tätigkeit, die seit einigen Wochen die Öffentlichkeit der westlichen Welt in Spannung hält, mag ein Bericht über die kleine kommunistische Partei in der Schweiz und ihre wenig auffallende Aktivität als unbedeutend erscheinen. In den Kreisen der Kommunistischen Partei der Arbeit (PdA) in der deutschen Schweiz leidet man selber unter dem vorläufigen Unvermögen, «breitere Kreise zu mobilisieren», wie der «Vorwärts» vom 1. April 1960 in einer Betrachtung über die St. Galler Großratswahlen am 26./27. März 1960 eingesteht. Es heißt aber im gleichen Artikel weiter: «Wir hoffen, daß der Zeitpunkt nicht mehr allzu fern liegt, da, durch internationale Ereignisse gezwungen, auch bei uns die Demokratie wieder dermaßen spielt, daß eben diese belebende Opposition (der PdA, die Red.) öffentlich ins Geschehen eingreifen kann». Dabei schauen die Kommunisten in der deutschen Schweiz nicht bloß erwartungsvoll auf die Vorstöße und Erfolge der sowjetischen Politik im Dienste der kommunistischen Weltrevolution, sondern auch auf ihre stärkeren Genossen in der Westschweiz, um nach deren Beispiel und mit ihrer Hilfe die Positionen der PdA in der ganzen Schweiz auszubauen und wirksam zu machen. So schreibt der «Vorwärts» (8. 1. 60): «In Genf, der Hochburg der Partei der Arbeit, einer Stadt also, wo die Arbeiterschaft von einer Partei

geführt wird, die in ihrer Bewegungsfreiheit nicht durch Burgfriedenspolitiker (die SP der Schweiz, die Red.) gehemmt wird, registrieren wir die höchsten Löhne der Schweiz.» Dank der PdA-Tätigkeit gibt es heute schon in der Westschweiz einige «heiße Pflaster», die allen, außer den Kommunisten, unerwünscht sind. Wer deshalb im West-Ost-Konflikt die Sache der westlichen Demokratie und Freiheit vertritt und die Erhaltung und Förderung eines gesunden sozialen Friedens im Lande wünscht, tut gut, auch der PdA seine Beachtung zu schenken.

Zugehörigkeit zum «Sozialistischen Lager»

Am letzten (7.) Parteitag der PdA im Mai 1959 in Genf nahmen Delegationen von sechs «Bruderparteien» teil, nämlich die KP Italien, KP Frankreich, KP Österreich, KP Belgien, KP Großbritannien und KP Schweden. Und von 21 «Bruderparteien» kamen Grußbotschaften an den PdA-Kongreß. Diese Delegationen und telegraphischen Grußbotschaften waren nach der «Voix Ouvrière» (19. 5. 59) «für den Kongreß, für die Aktivisten die kostbarste Ermutigung». Schrieb doch die KPdSU: «Unter schwierigen Bedingungen führt die Partei der Arbeit einen gerechten Kampf für die lebenswichtigen Forderungen der Werktätigen, für die Erhaltung der schweizerischen Neutralität, für die nationalen Interessen des Landes» («Voix Ouvrière, 19. 5. 59). Und die KP Chinas: «Die Partei der Arbeit der Schweiz führt gegenwärtig als Vorhut der schweizerischen Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes einen hartnäckigen und ununterbrochenen Kampf für die Rettung des Weltfriedens».

dens, für die Verteidigung der demokratischen Rechte und die Lebensinteressen des werktätigen Schweizervolkes, für die Festigung der Einheit der Werktätigen und der demokratischen Kräfte, für die politische Erneuerung und den sozialen Fortschritt» («Voix Ouvrière», 19. 5. 59).

Aber nicht nur an so großen und seltenen Anlässen, wie dem alle zwei Jahre stattfindenden Parteikongreß, spielen die internationalen kommunistischen Kontakte. An keinem kommunistischen Parteitag vor und hinter dem Eisernen Vorhang fehlt eine PdA-Vertretung. Am 15. Kongreß der KP Frankreichs im Juni 1959 waren A. Muret, Lausanne, und E. Burlet, Zürich. An der Zehnjahrsfeier der DDR und dem kommunistischen Führertreffen in Berlin-Ost im Oktober 1959 nahm der PdA-Zentralsekretär E. Woog teil. Zur Feier des 10. Jahrestages des kommunistischen Sieges in China im September 1959 in Peking waren auf Einladung des ZK der KP Chinas Guido Cavagna, Minusio, Charles Gorgerat, Genf, und Frau Woog, Zürich, delegiert. Am 7. Kongreß der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei anfangs Dezember 1959 in Budapest wurde die PdA durch A. Magnin, Genf, vertreten; der Budapestener «Nepszázdság» (5. 12. 59) brachte den vollständigen Text seines Referates. E. Lentillon, Genf, vertrat die PdA am 3. Parteikongreß der KP Rumäniens im Juni 1960 in Bukarest. Vom 5. bis 23. April 1960 weilte eine zehnköpfige PdA-Delegation zu einer «Studien- und Informationsreise» in der Sowjetunion, «um tiefere Einblicke in das Leben der Sowjetunion, die Durchführung der Beschlüsse des 20. und 21. Parteitages der KPdSU und die Durchführung des Siebenjahresplans zu gewinnen» («Vorwärts», 13. 5. 60). Zu den offiziellen Einladungen kommen noch zahlreiche Aufenthalte von PdA-Funktionären in volksdemokratischen Ländern und in der Sowjetunion. Auch werden zu den diplomatischen Empfängen der sowjetrussischen Botschaft und der volksdemokratischen Gesandtschaften in Bern regelmäßig einige führende PdA-Genossen eingeladen.

Diese Beispiele zeugen von einer regen Kontaktnahme der PdA mit anderen kommunistischen Parteien und mit kommunistischen Staaten. Das ist an sich nichts Auffallendes; zu gleichgesinnten Gruppen, zumal wenn sie sich besonders zum Internationalismus bekennen und einen konspirativen Charakter haben, gehören die Pflege von Beziehungen und der Austausch. Im Falle der PdA aber sind die aufmerksam gepflegten Kontakte Zeichen dafür, daß die Kommunistische Partei der Schweiz von den Machthabern des internationalen Kommunismus, schon so wie sie ist, ernst genommen und für bedeutend gehalten wird. Das internationale kommunistische Organ «Probleme des Friedens und des Sozialismus» (Nr. 1, 1960) wußte unter der Rubrik «Aus den kommunistischen und Arbeiterparteien» vom «wachsenden Einfluß der Partei der Arbeit der Schweiz» zu berichten. «Von Behörden verfolgt, aller Propagandamittel und Räumlichkeiten beraubt», hätte die PdA zwar nicht die Möglichkeit gehabt, die Wahlkampagne (Nationalratswahlen) so breit zu entfalten, wie die anderen politischen Kräfte, jedoch wie die Nationalratswahlen gezeigt hätten, «dringen die Ideen der Partei, ungeachtet der Verleumdung, des Totschweigens, der ernstesten Schläge, die der Partei in den letzten Jahren versetzt wurden, in die Massen und ihre Autorität beginnt zu wachsen». Im übrigen werde das ZK der PdA «alles daran setzen, damit in jeder Parteiorganisation die erreichten Erfolge verankert und zum Ausgangspunkt für neue politische Aktionen im Interesse der Arbeiterklasse und des gesamten Schweizervolkes werden».

Parteiorganisation und Mitgliedschaft

Bevor wir uns später diesem «Einfluß» zuwenden, ist zuerst von der Organisation der Partei und ihrer Mitgliedschaft zu berichten.

Die Partei der Arbeit der Schweiz wurde 1943 und 1944 von

dissidenten Sozialisten und einigen wenigen Kommunisten als Massenpartei aufgebaut, wobei die Gründer jeglichen kommunistischen Charakter in Abrede stellten, und zwar nach außen und nach innen. Die Zeit gegen Ende und kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war für eine solche Gründung günstig (vgl. «Kommunismus in der Schweiz», Verlag der Aktion freier Staatsbürger, Lausanne und Bern, S. 41 f.). Die Partei der Arbeit zählte 1945 20 000 Mitglieder. Schon im Jahr darauf war die Zahl auf 15 000 zurückgegangen. Zielsetzung und Methoden der kommunistischen Diktatur, wie sie in den von der Roten Armee besetzten Ländern Osteuropas festgestellt werden konnten, veranlaßten viele, die unter falschen Vorstellungen eingetreten waren, zum Austritt aus der PdA. Im Jahr 1948 waren es nur noch 9000 Mitglieder; Grund zum Austritt waren diesmal die Kominformbeschlüsse gegen Tito und die Kommunistische Partei Jugoslawiens. Am 4. Kongreß 1949, an dem E. Woog als Generalsekretär gewählt wurde, fand die Umstellung der PdA zur Kader- und Aktivistenpartei statt. Die weiteren Rückgänge der Mitgliederzahl (1952: 8400, 1954: 6800, 1956: 6000) waren das Ergebnis fortschreitender Säuberungen. Dann kam es infolge des 20. Parteitages der KPdSU und seiner Entstalinisierung und der Ungarnereignisse zu einer Massenflucht aus den Parteisektionen, zumal in der deutschen Schweiz.

Am 7. Parteitag 1959 repräsentierten die 164 Delegierten der PdA-Sektionen etwas weniger als 3500 Mitglieder. Das «Bulletin National d'Information» Nr. 101, Oktober 1959, gab die Zahlen der Sektionen wie folgt an: Basel-Stadt (1954 900) 350, Zürich (1300) 450, Neuenburg (400) 300, Genf (2000) 1000, Waadt (900) 700, Tessin (450) 200, Basel-Land (150) 80, Wallis (100) 10. Der Rest verteilt sich auf kleinere Gruppen ohne Sektionscharakter in der Inner- und Ostschweiz.

Die Einbußen wegen der Ungarnereignisse 1956 waren bei der PdA in der Westschweiz weniger groß als in der deutschen Schweiz. Die stärkere Festigkeit wurde in Genf der Betriebszellenorganisation, d. h. der Parteiorganisation am Arbeitsplatz zugeschrieben; infolge der besseren Fühlungsnahme erfuhren die Parteigenossen eine immer wieder neue gegenseitige Stärkung gegenüber antikommunistischen Stimmungen unter der Arbeiterschaft. Die kommunistische Widerstandskraft in der Waadt soll den Schlüsselstellungen kommunistischer Gewerkschafter zu verdanken gewesen sein. Im Kanton Neuenburg wurde sie dem persönlichen Einfluß des kantonalen Parteipräsidenten, A. Corswant, zugeschrieben. Er durfte am 7. Parteitag im Mai 1959 die Schlußrede halten, in der er die PdA als «Partei der Zukunft unseres Landes» hochleben ließ und der Hoffnung Ausdruck gab, «daß unser Volk seinen Weg klarer sehen wird, sobald der Sozialismus mehr Reichtümer für das Volk schaffen wird, als die fortschrittlichsten kapitalistischen Länder» («Voix Ouvrière», 27. 5. 59). Corswant wurde nach den kantonalen Gemeindewahlen vom 14./15. Mai 1960 als Gemeinderat (Exekutive) von La Chaux-de-Fonds mit 24 Stimmen der geschlossenen Linken (PdA, «Nouvelle Gauche» und SP) bestätigt, was als beachtliches menschliches Vertrauenszeugnis gelten kann.

Die Bildung der «Nouvelle Gauche» im Jahre 1958 im Kanton Neuenburg ging nur zum kleineren Teil auf Kosten der PdA. Die meisten kamen von der SP. In der «Nouvelle Gauche» ist aber auch eine Gruppe katholischer Progressisten aktiv. Der «Vorwärts» (20. 5. 60) schreibt zum Auftreten der «Neuen Linken»: «Sie wird im Laufe der Zeit den Weg gehen, der ihr bereits durch die Listenverbindung mit der Sozialdemokratischen Partei vorgezeichnet ist. Das sozialdemokratische Parteiblatt 'La Gentinelle' schreibt denn auch, daß die Sozialdemokratische Partei trotz einiger Mandatsverluste wegen des Auftretens der 'Neuen Linken' nicht unglücklich sei, denn die 'Genossen der Neuen Linken stellen eigentlich die sozialdemokratische Jugend dar.'»

In Basel-Stadt, wo die PdA-Austritte im November 1956 am

katastrophalsten waren, schlossen sich fünf ehemalige PdA-Großräte zur Fraktion «Parteilose Sozialisten» zusammen. Die Gruppe nennt sich und ihren Anhang heute «Unabhängige Sozialisten und Gewerkschafter». An den Großratswahlen vom 18.–20. März 1960 errang diese Gruppe 3 Mandate. Nach einer Erklärung im «Arbeiterwort», Nr. 10, Februar 1960, stellen sich die «Unabhängigen Sozialisten und Gewerkschafter» zwischen die SP, «die offiziell den Schlußstrich unter ihre eigene sozialistische Vergangenheit gezogen und grundsätzliches sozialistisches Gedankengut aus ihrem Programm entfernt hat», und die PdA, denn «die politische Linie der PdA ist auf diejenige einer fremden Staatspartei ausgerichtet. Sie billigt Methoden und Maßnahmen, die den humanitären und freiheitlichen Zielen eines wahren Sozialismus entgegengesetzt sind. Sie kann darum auch keine sozialistische Oppositionskraft sein».

Im Tessin hat unter dem Einfluß der Entspannung in den letzten beiden Jahren die PdA am meisten aufholen können, was sich an den Gemeindewahlen vom 6. März 1960 zeigte. Unter dem Titel «Ein anderes Klima im Tessin» schrieb der «Vorwärts» vom 13. Mai 1960: «Von einer Diskriminierung der Partei der Arbeit, ihrer Mitglieder und Anhänger ist hier wenig zu spüren ... An allen Orten, wo die PdA sich an Wahlen beteiligte, kam es zu einer Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Parteisektionen.» Kameradschaftliche Zusammenarbeit bestände zwischen der PdA und der SP auch nach den Wahlen weiter (gemeinsame Nachtessen, Bildung von Einheitskomitees, um das gemeinsame Vorgehen an Gemeindeversammlungen zu besprechen).

Noch ein Hinweis: Nach dem «Vorwärts» vom 11. März 1960 waren an einer Konferenz der deutschschweizerischen PdA-Sektionen am 6. März 1960 Delegierte aus den Kantonen Zürich, Basel-Stadt, Baselland, Aargau, Solothurn, Bern, Luzern, Schaffhausen und St. Gallen vertreten; es dürfte also heute 9 PdA-Sektionen in der deutschen Schweiz geben.

Die Partei unterhält eigene Kindergruppen (Pioniere), eine Jugendorganisation, die Freie Jugend der Schweiz (FJS) und eine «Schweizerische Frauenvereinigung für Frieden und Fortschritt» (SFFF).

Nach den Ungarereignissen schien die FJS wie verschwunden. Heute regt sich wieder einiges. Am Parteitag der PdA-Zürich am 3. April 1960 erhielt die «Jugend» ein Lob, weil sie «einen

großen Anteil hatte an den guten Resultaten der diversen Aktionen» («Vorwärts», 8. 4. 60). In der «Voix Ouvrière», 1. 5. 60; bekannte sich die «Freie Jugend» der Westschweiz zu den Theorien des wissenschaftlichen Sozialismus (Marxismus-Leninismus) und gab bekannt, daß sie den Jugendaustausch mit den kommunistischen Ländern fördere, die Befreiungsbewegungen in den Kolonialländern und «als Teil der Weltfriedensbewegung die Kampagne gegen die Atomwaffen und für einen dauerhaften Frieden unterstütze». Ihre Mitglieder unterrichtete sie über die Geschichte der Arbeiterklasse und die «Ideen der großen fortschrittlichen Männer», organisiere ihre Freizeitgestaltung (Vorträge, Exkursionen, Ferienlager, Tanz, Spiele usw.) und unternahme Aktionen zur «Besserstellung der Jugend».

Die kommunistische Frauenvereinigung (SFFF) ist ebenfalls zahlenmäßig klein, macht aber verhältnismäßig viel von sich hören, worüber unter dem Titel «Kommunistischer Einfluß» noch zu berichten sein wird. Eine SFFF-Korrespondentin schrieb in der «Voix Ouvrière» vom 29. 8. 59 u. a.: «Unsere Rolle ist überaus groß und oft entscheidend im Kampf gegen die Verwendung der Atombombe sowohl als gegen die Teuerung. Seien wir darum überall dabei und allerorts aktiv!»

Die kommunistische Presse in der Schweiz verfügt über eine Tageszeitung, die «Voix Ouvrière», und über je eine deutschsprachige und italienische Wochenzeitung, den «Vorwärts» und «Lavoratore». Kommunistische Literaturstellen gibt es in Basel, Bern, Genf, Lausanne, Neuenburg und Zürich. Eine Geschäftsstelle «Arbeiter- und Bauernhilfe» besteht für die ganze Schweiz in Zürich. Ein erstaunlich gut ausgerüsteter «Apparat» gemessen am bescheidenen Parteibestand. Auch was die Zahl vollamtlich Beschäftigter betrifft, läßt die PdA alle anderen Parteien, so reich letztere auch sein mögen, weit hinter sich zurück.

Wenn man den harten und unverwüstlichen kommunistischen Einsatz bewundern will, darf man nicht bloß eine enthusiastische Gruppe sehen, die fanatisch ihre revolutionären Ziele verfolgt. Man muß noch mehr die Anstrengung im Inneren des Apparates beachten, wo mit vieler Berechnung, öfterer Korrektur und mühevolem Einsatz das schließlich zustande gebracht wird, was als funktionierende revolutionäre Organisation in Erscheinung tritt.

K. S.

Der Katholik Kennedy

Zum zweiten Mal in der Geschichte der Vereinigten Staaten versucht ein Katholik, den Präsidentensessel zu erobern. Diesmal ist es der 43jährige Senator der Demokratischen Partei, John Kennedy. Man kennt ihn in Amerika als Millionär, als Träger des Pulitzerpreises für Biographie, als ein Held der Kriegsmarine, als fähigen und gewinnenden Politiker und schließlich auch – als Katholiken. Gerade dieses letzte Kennzeichen – obwohl nach der freiheitlichen Verfassung der USA das Glaubensbekenntnis eines Mannes seine politische Karriere nicht beeinträchtigen soll – wird bei den gegenwärtigen Vorwahlen und eventuell bei den kommenden Präsidentschaftswahlen einen nicht unbedeutenden Einfluß ausüben.

Der Katholik

John Kennedy entstammt einer stockkatholischen irischen Familie mit neun Kindern. Nie jedoch besuchte er eine katholische Schule, was wohl zum Teil auf den häufigen Wohnungswechsel seiner Familie zurückzuführen ist. Wie sein Vater wurde auch er schon früh in die Politik hineingezogen. So ist es kaum verwunderlich, daß er sich politischen Grundsätzen und Idealen sicherlich ebenso stark, wenn nicht stärker verpflichtet fühlt als den Gewissensbindungen, die ihm seine Religion auferlegen könnte. Er ist praktizierender Katholik, insofern er den Sonntagsgottesdienst besucht und zumindest am vorgeschriebenen Sakramentempfang teilnimmt. Auch ist er als gewissenhafter und ehrlicher Verwalter der ver-

schiedensten Ämter bekannt. Im übrigen können ihm selbst seine Gegner nicht nachsagen, daß er sein Glaubensbekenntnis als Stimmenfang auszunutzen versuche. Ganz im Gegenteil scheinen bei ihm politische Überzeugungen sogar den Vorrang vor religiösen Gehorsamsbindungen zu haben, soweit man das aus folgenden Erklärungen schließen kann. So hat er zum Beispiel die Frage, ob er als Präsident von seiner Kirche beeinflusst werden könne, mit einem klaren «Nein» beantwortet. – Dann gab der «Osservatore Romano» am 17. Mai 1960 die Meinung der Römischen Kurie bekannt: «Es ist ihre Pflicht (der Kirche), selbst auf diesem Gebiet (der Politik) ihren Einfluß auszuüben, die Gewissen zu erhellen und ihnen beizustehen, nach den christlichen Grundsätzen der Sittlichkeit und Soziallehre die jeweils bessere Wahl zu treffen.» – Darauf wiederholte Kennedy seinen Standpunkt: «Der amerikanische Amtsträger ist durch einen Gott geleisteten Eid gebunden, die Verfassung der Vereinigten Staaten zu unterstützen und zu schützen, worunter auch Artikel 1, der die Trennung von Kirche und Staat vorsieht, miteinbegriffen sei.»

Man könnte in diesem Zusammenhang auch noch erwähnen, daß er sich schon wiederholt gegen die Ernennung eines USA-Gesandten beim Vatikan ausgesprochen hat mit der Begründung: «Die Vorteile, die solch eine Ernennung in Rom haben mag – von denen ich übrigens nicht überzeugt bin –, können die zersetzende Wirkung in der Heimat nicht aufwiegen.» Auch scheint er in der Schulfrage, ob nämlich katholische und andere konfessionelle Schulen vom Staat finanziert werden sollen, mehr und mehr vom Herzenswunsch vieler minderbemittelter katholischer Eltern abzurücken und, von sozialen und gesundheitsfördernden Zuschüssen

wie etwa Schülertransport, Schulspeisung und Lehrmittelbeihilfen abgesehen, eher dem Standpunkt der gegenwärtigen Regierung beizustimmen, die auch in diesem Punkt auf einer strikten Trennung von Staat und Kirche besteht. Wenn man die Haltung des katholischen Episkopats in dieser Angelegenheit kennt, wird man Kennedy trotz vereinzelter Kritik aus den Reihen des Klerus keine Abweichung von der katholischen Auffassung vorwerfen können. Sagte doch Erzbischof *John T. McNicholas*, der Vorsitzende der National Catholic Welfare Conference (NCWC), am 25. Januar 1948: «Keine Gruppe in Amerika strebt nach Vereinigung von Staat und Kirche; am wenigsten von allen die Katholiken. Wir verneinen absolut und uneingeschränkt, daß die katholischen Bischöfe der Vereinigten Staaten weder direkt noch indirekt sich um eine Vereinigung von Staat und Kirche bemühen.»

Was die «ändern» sagen

Schon George Washington, der Vater der amerikanischen Demokratie, suchte gegen religiöse Vorurteile anzukämpfen, wenn er erklärte: «Es ist unser Stolz, daß die religiöse Überzeugung eines Menschen ihn nicht dem Schutz des Gesetzes entzieht noch ihn des Rechtes beraubt, die höchsten Ämter, die man in den Vereinigten Staaten kennt, zu bekleiden und auszuüben.» Ganz in diesem Sinne und mit Bezug auf die gegenwärtige Lage äußerte sich kürzlich auch Präsident Eisenhower: «In dieser Zeit, da man so viel von Amerika erwartet und fordert, können wir es uns nicht leisten, auch nur einen einzigen Tag mit der Bekämpfung von Bigotterie und Vorurteilen in eigenen Haus zu vergeuden.»

Nach anfänglichen Bedenken einzelner nichtkatholischer Kirchenführer haben sich die größeren Glaubensgemeinschaften erfreulicherweise zu einer vernünftigen Toleranz durchgerungen und die Haltung der oben erwähnten Politiker zu eigen gemacht.

Edwin T. Dahlberg, der Präsident des Nationalrates der Kirchen Christi in den USA, der umfassendsten protestantischen Organisation, mahnte: «Das Jahr 1960 wird eine Zeit besonderer Erprobung in den Vereinigten Staaten sein. Man kann die Demokratie durch religiöse Diskriminierung oder durch unsaubere und unfaire Handhabungen in politischen Kampagnen verraten. Jeder achtsame Christ unserer Nation wird sich vor die zweifache Verpflichtung gestellt sehen, nämlich als Bürger und als Kirchenanhänger dieser doppelten Gefahr zu widerstehen.»

Der Präsident des Synagogenrates Amerikas, Rabbi *Max D. Davidson*, gab folgende Erklärung ab: «Ein nach einem öffentlichen Amt strebender Kandidat sollte nach seinen Fähigkeiten, seinem Charakter und seinen Verdiensten, nicht aber auf Grund von Vorurteilen beurteilt werden. Dieses Gebot der amerikanischen Demokratie hat Männern und Frauen jedes Bekenntnisses und jeder Rasse zu hohen Posten in unserer Gesellschaft verholfen. Dieser Maßstab entspricht auch ganz der prophetischen Überlieferung, daß allen Menschen als Kindern Gottes Würde und Anerkennung zuteil werde.»

Neben diesen Stimmen der offiziellen Vertreter stehen natürlich die gemischten Gefühle einzelner Kirchenmänner. Manchen Katholiken scheint Kennedy bezüglich der Trennung von Staat und Kirche zu weit zu gehen. Auf nichtkatholischer Seite schwanken diese Gefühle zwischen leichtem Unbehagen und ernsthaftem Entsetzen, daß ein katholischer Präsident durch die kirchliche Obrigkeit zu Maßnahmen gegen die amerikanische Verfassung veranlaßt werden könne. Am krassesten kamen solche Be-

fürchtungen wohl in dem Antrag einer protestantischen Sekte zum Ausdruck, indem man den Papst um einen «unfehlbaren» Entscheid zu dieser Frage aufforderte.

Für Kennedy: Von der pazifischen Küste: «Seine persönliche Anziehungskraft ist nicht zu unterschätzen, sie ist gewaltig.»

Vom Südwesten: «Kennedy erfreut sich großer Popularität bei den jungen Wählern und den Unabhängigen.»

Aus Neu-England: «Er hat sich als umsichtiger Gesetzgeber hervorgetan.»

Ein Gouverneur aus den Südstaaten: «Man ist der Ansicht, daß Kennedy dem Süden eine Chance bieten werde, obwohl man über seinen Wahlerfolg geteilter Meinung ist.»

Aus einem Bauernstaat im Mittelwesten: «Die ganze Bevölkerung erhielt Weihnachtskarten von ihm. Wir haben ihn gern. Er ist persönlich anziehend.»

Ein führender Sprecher aus dem Süden: «Die Tatsache, daß Kennedy Katholik ist, wird hier nicht gegen ihn sprechen. Religion wird nicht den Ausschlag geben wie im Jahre 1928. In den Augen des Volkes sind bürgerliche Rechte ausschlaggebender als Religion.»

Eine andere Stimme aus dem Süden: «Frau Franklin D. Roosevelt ist gegen Kennedy. Das macht ihn hier zum Favoriten.»

Gegen Kennedy: Aus dem Mittelwesten: «Ich könnte mich für Kennedy als Vizepräsidenten entschließen, aber nicht als Präsidenten.»

Aus den Rocky Mountains: «Die Mormonen hierzulande würden niemals einem Katholiken ihre Stimme geben.»

Ein führender Mann aus Utah: «Wir Mormonen sind sehr nachsichtig bezüglich Religionszugehörigkeit. Aber im Süden ist man darin beträchtlich empfindlicher. Das wird seine Chancen vermindern.»

Eine häufig wiederkehrende Bemerkung: «Sein jugendliches Alter und seine Religion sprechen gegen ihn.»

Ein Wortführer aus dem Osten: «Wenn wir aus Kennedy nur einen Protestanten und ihn sechs Jahre älter machen könnten, dann hätten wir den idealen Kandidaten. Man sagt zwar, seine Religion würde keinen Einfluß ausüben – aber sie wird es doch tun.»

Wir können nur mit Spannung abwarten, ob Senator Kennedy das nervenzermürende Rennen gewinnen wird. Eines ist sicher: Was seinen persönlichen Ehrgeiz und die finanzielle und moralische Unterstützung von Seiten seiner Familie angeht, so wird er von dem verantwortungsvollen Vorhaben nicht abzubringen sein. Andererseits bedeutet seine Kandidatur ein Risiko für den Katholizismus in den USA. Sollte ihm eine erfolgreiche Regierung beschieden sein, würden manche religiöse Vorurteile schwinden. Sollte er sich aber politisch untüchtig oder auch nur unglücklich erweisen, könnten sich die Vorurteile in gleicher Weise verschärfen. Kennedy selbst sähe es am liebsten, wenn man bei dem Wahlkampf die Religion ganz aus dem Spiel ließe. Sein Wunsch – übrigens der Wunsch aller nüchternen Beobachter – wird sich nicht erfüllen. Ihm persönlich kann man aber keinen Vorwurf daraus machen, wenn engstirnige und voreingenommene Gemüter in seiner Religionszugehörigkeit ein rotes Tuch sehen.

John Schubert, Illinois, USA

«Eucharistischer Weltkongreß 1960»

Grundlegende Werke aus dem Tyrolia-Verlag

Josef Andreas Jungmann S. J.

Liturgisches Erbe und pastorale Gegenwart

Studien und Vorträge. Kompendien-Reihe. 560 Seiten, Leinen, SFr. 25.-.

«P. Jungmann weiß um die geistig-religiösen Gefahren, denen der Mensch von heute ausgesetzt ist, und sein Blick reicht bis in die tiefen Hintergründe des modernen geistig-religiösen und sittlichen Lebens. Man spürt es förmlich, wie er diese innere Not des Menschen aus den christlichen und vor allem kultischen Grundkräften heilen möchte, die im eucharistischen Mysterium verborgen sind.»
(Dr. P. Anselm Schwab im «Heiligen Dienst»)

Karl Rahner S. J.

Sendung und Gnade

Beiträge zur Pastoraltheologie, u.a. «Meßopfer und Jugendaskese», «Messe und Fernsehen» und «Zur eucharistischen Frömmigkeitserziehung».

2. Auflage, 564 Seiten, Leinen, SFr. 25.-.

«... geistvolle Gedanken zu pastoralen Zeitfragen, die alle auf so breitem Fundament stehen, daß sie das Ganze der Heilssorge betreffen und befruchten.»
(Lebendige Seelsorge)

Bei Ihrem Buchhändler

Herausgeber: Apologetisches Institut des Schweizerischen Katholischen Volksvereins, Zürich 2, Scheideggstraße 45, Tel. (051) 27 26 10 / 11.

Druck: H. Bärtsch Erben AG., Zürich 8.

Abonnement- und Inseratenannahme: Administration «Orientierung», Zürich 2, Scheideggstraße 45, Tel. (051) 27 26 10, Postcheckkonto VIII 27842.

Abonnementspreise: Schweiz: Gönnerabonnement jährlich Fr. 18.-; Abonnement jährlich Fr. 12.-; Halbjähr. Fr. 6.-. Einzahlungen auf Postcheckkonto VIII 27842. - Belgien-Luxemburg: Jährl. bFr. 170.-. Bestellungen durch Administration Orientierung. Einzahlungen an Société Belge de Banque S. A., Bruxelles, C. C. P. No. 218 505. - Deutschland: DM 12.- Best. und Anzeigenannahme durch Administration Orientierung, Scheideggstraße 45, Zürich 2. Einzahlungen an Volksbank Mannheim, Mannheim, Konto Nr. 785, PschA. Ludwigshafen/Rh., Sonderkonto Nr. 12975 Orientierung. - Dänemark: Jährl. Kr. 22.-. Einzahlungen an P. J. Stübli, Hostrupgade 16, Silkeborg. - Frankreich: Halbjährl. NF. 7.-, jährl. NF. 14.-. Best. durch Administration Orientierung. Einzahlungen an Crédit Commercial de France, Paris, C. C. P. 1065, mit Vermerk: Compte Etranger Suisse 644.286. - Italien-Vatikan: Jährl. Lire 1800.-. Einzahlungen auf c/c 1/14444 Collegio Germanico-Ungarico, Via S. Nicolò da Tolentino, 13, Roma. - Oesterreich: Auslieferung, Verwaltung und Anzeigenannahme Verlagsanstalt Tyrolia AG, Innsbruck, Maximilianstraße 9, Postcheckkonto Nr. 142.181 (Redaktionsmitarbeiter für Oesterreich Prof. Hugo Rahner). Jährl. Sch. 70.-. USA: Jährl. \$ 3.-.